

karlsruher-liste.de

www.

KAL

Lust auf Stadt

Kommunalwahlprogramm Juni 2004



KARLSRUHER LISTE

am 13. Juni 2004

Kommunalwahl 13. Juni 2004

Kommunalwahlprogramm 2004 Karlsruher Liste (KAL)

Inhalt

| | |
|-------------------------------------|----|
| Vorwort | 3 |
| 1 Bürgerbeteiligung | 6 |
| 2 Solidarische Gesellschaft | 9 |
| 3 Kultur | 13 |
| 4 Sport und Freizeit | 17 |
| 5 Natur und Umwelt, Abfall, Energie | 22 |
| 6 Stadtplanung | 27 |
| 7 Verkehr | 34 |
| 8 Arbeit und Wirtschaft | 39 |

Das vorliegende Papier ist Ergebnis der Programmdiskussion der Karlsruher Liste sowie des für jeden offenen Diskussionsprozesses auf der Homepage der Karlsruher Liste (www.karlsruher-liste.de). Es stellt das gültige Kommunalwahlprogramm dar.

Nach Auffassung der Karlsruher Liste ist Politik ein dauernder Diskussionsprozess. Deshalb sind konstruktive Kritik und Anmerkungen zum Wahlprogramm auch weiterhin möglich. Anmerkungen sollten an das Fraktionsbüro in der Hebelstrasse 13, 76133 Karlsruhe zu Händen Thomas Belschner, vorzugsweise per E-Mail (kalfraktion@csi.com) gesendet werden.

Auch bei den Treffen des PLENUMS der Karlsruher Liste (siehe unten), besteht die Möglichkeit, Anregungen zum Programm einzubringen (Info Tel. 0721/205566).

Karl-Heinz Spengler, für den Programmarbeitskreis der Karlsruher Liste im Juni 2004

Vorwort

In allen Kulturräumen der Erde heben sich unter den Siedlungen einige durch ihren besonderen Charakter und ihre Bedeutung hervor – die **Städte**. Als Konzentrationspunkte menschlicher Aktivität sind Städte maßgeblich an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft beteiligt. Stets haben sie die jeweilige Gesellschaftsordnung und das jeweilige wirtschaftliche System widergespiegelt.

Die Karlsruher Liste will „**Lust auf Stadt**“ machen. Sie wird getragen von Personen, die sich für die Stadt, in der sie leben, engagieren und sich konstruktiv in die Kommunalpolitik einbringen.

„Lust auf Stadt“ bedeutet für die Karlsruher Liste zum Beispiel bei der Bürgerbeteiligung Lust am Mitgestalten. In einer Solidarischen Gesellschaft Lust auf Miteinander, Lust auf Multikulti und Lust auf sozialen Frieden. In der Kultur u.a. Lust auf Vielfalt, Lust auf Kleinkultur, Lust auf Neues, Lust auf Erleben in der Stadt. Im Bereich Sport und Freizeit Lust auf Bewegung und Begegnung. Im Politikfeld Natur und Umwelt z.B. Lust auf Naturoasen in und um die Stadt. In der Stadtplanung Lust auf Wohnen und Erleben in der Stadt bzw. Lust auf eine insgesamt attraktive Stadt. Im Kapitel Arbeit und Wirtschaft Lust auf Vielfalt und Innovationen.

Wer ist die Karlsruher Liste?

Die KAL ist eine kommunale Wählervereinigung. Seit 1984 bringen Karlsruherinnen und Karlsruher hier ihr Wissen, ihre Tatkraft und ihr Engagement in die Stadtpolitik ein. Viele der Aktiven arbeiten auf verschiedenen Arbeitsfeldern in der Stadt mit. Im Gemeinderat bilden wir seit 1994 mit drei Stadträten (derzeit: Lüppo Cramer, Margot Döring, Dr. Eberhard Fischer) eine Fraktion.

In diesem Programm gehen wir auf verschiedene Themen der Kommunalpolitik ein – und müssen doch Themen auslassen. Andere, wie zum Beispiel die städtische Politik für ausländische Karlsruher(innen), sind in den folgenden sieben Kapiteln enthalten. Denn unsere Politik unterscheidet nicht nach dem Pass, der Hautfarbe oder dem Geschlecht derer, für die sie bestimmt ist.

Was unterscheidet die Karlsruher Liste von anderen Gemeinderatsfraktionen?

Vor allem eins: Wir sind für Karlsruhe da – und müssen uns als einzige Gruppierung im Gemeinderat nicht nach bundes- oder landespolitischen Vorgaben richten. Das haben wir in den vergangenen Legislaturperioden bewiesen.

Zweitens: Die Mitgliedschaft in der KAL wird durch **aktive** Teilnahme und nicht durch Mitgliedsbeitrag oder Parteibuch erworben.

Drittens: Entscheidungen werden nach dem Konsens-Prinzip von den aktiven Mitgliedern getroffen. Aktives Mitglied ist, wer an dem das jeweilige Thema betreffenden Entscheidungsprozess teilgenommen hat und die natürlichen Spielregeln des Konsens-Prinzips akzeptiert (Dialogbereitschaft, Verantwortlichkeit und Toleranz). Abstimmungen finden nicht statt.

Grundsätze der Karlsruher Liste

- Eine direkte Bürgerbeteiligung ohne parteipolitische Zwänge auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, ist das vorrangige Ziel der *Karlsruher Liste*.
- Die KAL will, dass trotz der globalen Veränderungen sowie der veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Kommunen Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft erhalten bleibt.
- Ökologische, nachhaltige Gesichtspunkte sollen bei allen Planungen Berücksichtigung finden.
- Wir denken in größeren Zusammenhängen, handeln als kommunalpolitische Wählervereinigung aber lokal.

Was hat die Karlsruher Liste unterstützt und erreicht – Beispiele

- Erhalt Lohfeldsiedlung / Umwandlung AW-Kantine zum Bürgerzentrum
- Bürgerversammlungen nach §20a
- Umbau der Ebertstraße und der Durlacher Allee zu verkehrsärmeren Straßen
- Unterstützung von Initiativen und Maßnahmen für Wohnungslose
- Bezuschussung Hospizdienst
- mehr Akzeptanz und Zuschüsse für private Schulen (z. B. Waldorfschule)
- Kernzeitbetreuung
- Erweiterung und Sanierung der Draisschule
- sozialverträgliche Kindergartenbeiträge
- Projekt „Kulturinsel Ostau“: Leitprojekt der Bewerbung zur Kulturhauptstadt
- MiKa-Wohnprojekt in der Nordstadt
- Mendelssohnzentrum und östliche Südstadt: Ein neuer Stadtteil entsteht
- Flächenschutz wird Thema: Umwandlung („Konversion“) von bereits versiegelten Flächen (Kasernen, Bahn-Gelände etc.) hat Priorität / mehr Freiflächen im Flächennutzungsplan ausweisen.

KAL-Meinung zu aktuellen Fragen:

1. Die *Karlsruher Liste* hat sich immer für den Prozess der Bürgerbeteiligung stark gemacht (siehe auch Kapitel 1 Bürgerbeteiligung). Zum Beispiel im Rahmen der Agenda 21, vor allem auch beim Beteiligungsverfahren „City 2015“. Darum respektieren wir das Ergebnis des Bürgerentscheids zur Kombilösung. Für die KAL steht aber der Umbau der Kriegsstraße nach stadtgestalterischen Gesichtspunkten im Vordergrund. Unser Ziel: die Trennwirkung der Kriegsstraße zwischen dem Karlstor und dem Mendelssohnplatz zu reduzieren (siehe auch Kapitel 7 Verkehr).
2. Ziel der *Karlsruher Liste* ist es, die individuellen, sozialen und ökonomischen Grundlagen und Entwicklungschancen zu schaffen, damit alle Menschen in Karlsruhe ihre Vorstellungen von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umsetzen können (siehe auch Kapitel 2 Solidarische Gesellschaft).
3. Die *Karlsruher Liste* setzt sich daher für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Karlsruher Passes ein.
4. Die *Karlsruher Liste* sieht die Bewerbung Karlsruhes zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 als Chance zur Förderung der gesamten „Stadtkultur“ in Karlsruhe. Anstehende Aufgabe im Rahmen des Diskussionsprozesses zur Kulturhauptstadt: Einbeziehung der freien Kultur (Off-Kultur), die bisher in der Karlsruher Kommunalpolitik zu wenig

- Berücksichtigung gefunden hat, sowie die Umsetzung des von der KAL angeregenen, umfassenden Konzepts der Kulturinsel Ostau (siehe auch Kapitel 3 Kultur).
5. Die *Karlsruher Liste* sieht den Schwerpunkt der Sportförderung in Karlsruhe im Bereich „Kinder und Jugendliche im Sport“ (siehe auch Kapitel 4 Sport und Freizeit). Zur Bewältigung dieser Aufgabe unterstützt die Stadt Sportvereine und andere Einrichtungen organisatorisch und finanziell.
 6. Durch den Rückzug von der Bewerbung zur BUGA (Motto „Vom Schwarzwald zum Rhein“) wurde eine Chance für die Hinwendung der Stadt Karlsruhe zum Rhein vergeben. Jetzt muss die Stadtplanung – z. B. im Rahmen der anstehenden Entscheidungen zum Hochwasserschutz (Rückhalteraum Bellenkopf/Rappenwörth) sowie des aktuellen EU-LIFE-Antrages „Rheinauen bei Karlsruhe“ – andere Mittel nutzen, um die Rheinaue bei Karlsruhe aufzuwerten und die Ideen der Bundesgartenschau weiter zu verfolgen (siehe auch Kapitel 5 Natur und Umwelt sowie Abschnitt „Kulturhauptstadt“ in Kapitel 3 Kultur).
 7. Beim Thema Abfall steht die *Karlsruher Liste* weiterhin für den Vorrang von Abfallvermeidung vor -verwertung. Dabei wird die im Laufe des Jahres 2004 anstehende Entscheidung zum Thema Thermoselect die zukünftige Entsorgung erheblich beeinflussen (siehe auch Abschnitt „Abfall“ im Kapitel 5 Natur und Umwelt).
 8. Die *Karlsruher Liste* will den öffentlichen Raum in den Mittelpunkt stellen und sieht in der Umsetzung und Weiterentwicklung des Plätzekonzeptes eine wichtige Aufgabe (siehe auch Kapitel 6 Stadtplanung).
 9. Der Lidellplatz ist einer der Kristallisationspunkte der „Weinbrennerstadt“ (Quartier zwischen Kaiser-, Adler-, Markgrafen- und Karl-Friedrich-Straße). Dieses Erbe zu pflegen, ist ein besonderer Aspekt der durch die Südentwicklung der Innenstadt initiierten Veränderungen (siehe auch Kapitel 6 Stadtplanung).
 10. Die *Karlsruher Liste* hat sich für das ECE entschieden. Nicht um noch ein Einkaufszentrum zu schaffen, sondern aufgrund der hohen Bedeutung des Standortes für die Südentwicklung der Innenstadt. Nur wenn das ECE in ein Gesamtkonzept mit Umbau der Kriegsstrasse (siehe oben) und die Gestaltung der angrenzenden öffentlichen Räume Friedrichsplatz und Ettlinger-Tor-Platz einbezogen wird, kann die Südentwicklung nach Auffassung der KAL erfolgreich sein (siehe auch Kapitel 6 Stadtplanung).
 11. Die *Karlsruher Liste* will keine Nordtangente. Diese würde nur eine neue Zerschneidungsachse durch Karlsruher Stadtteile und den Hardtwald eröffnen und zu mehr – vor allem europäischem – Verkehr führen. Stattdessen fordern wir eine lokale Südumgehung für den Stadtteil Hagsfeld (siehe auch Kapitel 7 Verkehr).

1 Bürgerbeteiligung

Die *Karlsruher Liste* will durch ein Mehr an kommunaler Demokratie und erweiterte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung erreichen, dass mehr Menschen „Lust“ auf Politik in der Stadt Karlsruhe bekommen und sich vermehrt an den Prozessen in der Kommunalpolitik beteiligen. Hierzu stehen verschiedene Instrumente der Kommunalpolitik zur Verfügung. Dies sind u.a.

- Bürgerinitiativen
- Fragestunden
- Bürgervereine und Initiativ- oder Stadtteilgruppen
- Bürgerversammlungen
- Anhörung von Vereinen und Verbänden
- Organisierte Beteiligungsverfahren (vgl. „Stadtentwicklung Oststadt“ oder „City 2015“)
- Öffentlichkeit von Sitzungen des Gemeinderates
- Ortschaftsverfassung
- Fragestunden

Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung – gut für die Stadt, gut für die Menschen

Männer und Frauen, Junge und Alte, Begabte und Menschen mit Handicap, Mitbürger aller gesellschaftlichen Gruppen haben Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am politischen Leben. Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg bietet dafür eine hervorragende Basis. Voraussetzung ist allerdings, dass die dort festgelegten Möglichkeiten auch genutzt werden. Dazu gehören: Fragestunde, Anhörung, Versammlung in den Stadtteilen. Bis heute hat die Stadt Karlsruhe keines dieser Angebote in der Hauptsatzung bzw. Geschäftsordnung verankert.

Die so genannten Altparteien haben bei der Bevölkerung Vertrauen eingebüßt. Rückgehendes Interesse an Wahlen ist die Folge. Probleme werden so aber nicht gelöst. Die *Karlsruher Liste* setzt seit ihrer Gründung im Jahre 1984 auf das Konsens-Prinzip. Konstruktive politische Vorschläge werden unterstützt, unabhängig davon, wer im Gemeinderat die Initiative ergriffen hat. An diesem Prinzip wird die KAL festhalten. Dabei muss der Bürger stets Partner sein. Und:

DIE GEMEINDEORDNUNG LÄSST SPIELRAUM

Aktive Mitarbeit – Bürgerinitiativen

Ein zentraler Punkt politischen Handelns für die *Karlsruher Liste* ist die direkte Einbeziehung der Bürgerschaft. Dieser Anspruch der KAL spiegelt sich in vielfältiger Mitgliedschaft und Mitarbeit ihrer Anhänger in Karlsruher Initiativen. Impulse aus der Bevölkerung werden deshalb grundsätzlich begrüßt.

Bürgerinitiativen wie etwa

- gegen die teilweise Bebauung des Botanischen Gartens zur Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts
- zur Durchführung einer Bundesgartenschau in Karlsruhe oder
- zur weiteren Entwicklung der „Unteren Hub“

sind wichtige Elemente gelebter Demokratie.

Der Gemeinderat als gewähltes Organ muss dazu Stellung nehmen, so auch die *Karlsruher Liste*: Die von der Initiative favorisierte, vom Bund aber nicht akzeptierte Variante „Überbauung des Kasinos“ war besser; die Ablehnung der Bundesgartenschau durch die Mehrheitskoalition von CDU / FDP/A war falsch. Aber auch Bürgerinitiativen müssen sich einer gesamtstädtischen Abwägung stellen: Der Tausch von Freiflächen entlang der Autobahn („Untere Hub“) gegen das

so genannte „Miro-Erweiterungsgelände“ in den Rheinauen bei Knielingen ist dafür ein Beispiel. Dem höherwertigen, vom Bestand ökologisch wertvolleren und flächenmäßig 22 Hektar (doppelt so großen) Areal am Rhein musste ein Vorrang eingeräumt werden. Eine politische Chance – sprich eine Mehrheit im Gemeinderat – zur Freihaltung beider Flächen bestand leider nicht.

Folgende in der Gemeindeordnung festgelegten Instrumente für mehr Transparenz und Demokratie will die *Karlsruher Liste* durchgesetzt oder gestärkt wissen:

Fragestunde im Gemeinderat

In den Stadtteilen mit Ortschaftsräten haben die Einwohner bereits heute Gelegenheit, Fragen und Anliegen direkt ihren gewählten Vertretern im Ortschaftsrat vorzutragen. Die *Karlsruher Liste* setzt sich dafür ein, dass allen Einwohnern im Hauptorgan der Gemeinde, das ist der Gemeinderat, diese Möglichkeit direkter politischer Mitwirkung eingeräumt wird.

Stärkung der Bürgervereine und Initiativ- bzw. Stadtteilgruppen

Die in der Gemeindeordnung festgelegten Instrumente für mehr Transparenz und Demokratie will die *Karlsruher Liste* durchgesetzt oder gestärkt wissen. Bürgervereine, aber auch Initiativ- und Stadtteilgruppen haben in Karlsruhe eine lange Tradition. Sie sind in den Stadtteilen ein Forum für die Politik. Bürgervereine und Initiativ- und Stadtteilgruppen zu stärken und in ihrer Arbeit zu unterstützen, liegt im Interesse der Stadt und ihrer Bürger.

Bürgerversammlungen

Ein Instrument, demokratisch-bürgerschaftliche Mitwirkung zu stärken, sind Bürgerversammlungen: Nach § 20a Gemeindeordnung entscheidet der Gemeinderat über die Durchführung von Bürgerversammlungen. Diese sollen möglichst einmal im Jahr stattfinden, ansonsten nach Bedarf. Die Ergebnisse der Beratungen in den Bürgerversammlungen sollen dem Gemeinderat vorgelegt werden und in die weitere Arbeit einfließen.

Die *Karlsruher Liste* strebt nach wie vor an, dieses Modell bürgerschaftlicher direkter Beteiligung satzungsmäßig zu verankern. Bürgerversammlungen nach § 20a Gemeindeordnung sollen von der Verwaltung und den Bürgervereinen sowie sonstigen Initiativ- und Stadtteilgruppen im Dialog mit der Politik konstruktiv weiter entwickelt werden. Die vom Oberbürgermeister zugesagte zukünftige Praxis in Karlsruhe bietet eine gute Grundlage – die Arbeit der *KAL* scheint nach vielen Jahren Früchte zu tragen.

Anhörung von Vereinen und Verbänden

Ehrenamtliche Betätigung gewinnt in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Träger vielfältigster Aktivitäten sind Vereine und Verbände. Ohne deren Engagement müsste in der Gemeinde vieles eingeschränkt oder ganz darauf verzichtet werden. Dadurch wäre unsere Stadt ärmer, ob im kulturellen, ökologischen, religiösen, sozialen oder sportlichen Bereich.

Optimale Mitarbeit der Vereine und Verbände setzt demokratische Einbindung in der Gemeinde voraus. Ob Bürgerinitiativen, Vereine oder Verbände – alle müssen ihre Anliegen und Sorgen öffentlich darlegen können. Deshalb ist den genannten Einrichtungen die Möglichkeit einzuräumen, vor Ausschüssen und Kommissionen, vor allem aber auch vor dem Plenum des Gemeinderates ihre Anliegen vorzutragen. Dieses Recht aus der Gemeindeordnung ist in der Geschäftsordnung des Gemeinderates zu verankern.

Organisierte Beteiligungsverfahren

Das Grundmissverständnis in der Frage der Bürgerbeteiligung, wie sie derzeit in Karlsruhe praktiziert wird, liegt nach Auffassung der *Karlsruher Liste* darin, dass von Verwaltungsseite darunter im Wesentlichen nur eine Akzeptanzbeschaffungsmaßnahme verstanden wird. Bürgerbeteiligung, die ihren Zweck erfüllt, nämlich Entscheidungen konfliktfreier umzusetzen, braucht aber die frühzeitige Einbindung der Bürger in den Entscheidungs- und Lösungsvorgang. Hierzu haben wir in Karlsruhe noch keine befriedigende Lösung gefunden.

Wir sollten uns deshalb ernsthaft mit diesem Thema beschäftigen und die verschiedenen bereits erprobten Modelle dazu diskutieren und dann auch einsetzen.

Im Folgenden erfolgt eine stichwortartige Nennung wichtiger Verfahren:

- 1) Mediation mit neutralem Vermittler (ein neutraler Vermittler arbeitet zwischen verschiedenen Interessenstandpunkten um Entscheidungsblockaden aufzulösen)
- 2) Planungszelle mit Bürgergutachten (eine im Zufallsverfahren ausgewählte Gruppe von Bürgern, die konkret den Planungsprozess mitbestimmen und ein sogenanntes Bürgergutachten zur jeweiligen Planung abgeben)
- 3) Mehrstufiges Dialogisches Verfahren (ein Dreischrittverfahren: Interviewbefragung – Interessenverbändemoderation – Bürgergutachten)

Die *Karlsruher Liste* ist der Auffassung, dass mit solchen Verfahren und der entsprechenden zur Verfügungstellung von Mitteln (Budgetierung) eine bessere Bürgerbeteiligung realisiert werden kann.

Abschließend noch eines: An einer echten direkten Bürgerbeteiligung geht kein Weg mehr vorbei, denn es werden in Zukunft immer mehr Planungen vor Gericht enden, damit noch längere Realisierungszeiten in Anspruch nehmen, so erhebliche zusätzliche Kosten verursachen oder sogar gänzlich scheitern. Es wäre deshalb vernünftig, in Zukunft bei größeren Planungen bereits ein bis zwei Prozent der Planungskosten für konkrete Bürgerbeteiligungsmaßnahmen einzuplanen, wie sie oben erwähnt sind.

Öffentlichkeit von Sitzungen

Entscheidungen des Gemeinderates (und damit auch der Verwaltung) müssen für die Einwohner nachvollziehbar sein. Ein immer wesentlicherer Teil kommunaler Entscheidungen findet allerdings in Aufsichtsräten quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Weitere Privatisierung von städtischen Interessen ist kritisch zu hinterfragen und im Einzelfall zu prüfen. Für das Verhältnis von Öffentlichkeit und Entscheidungen in Gremien städtischer Gesellschaften sind neue Spielregeln zu entwickeln. Der Gemeinderat als wichtigstes Organ muss dem Wahlbürger und Einwohner ohne Gefahr der Verletzung der Vertraulichkeit auch künftig Rede und Antwort stehen können. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sind zu schaffen.

Das in der Gemeindeordnung festgelegte Prinzip der Öffentlichkeit von Sitzungen ist strikt zu achten. Die bisherige Übung in Karlsruhe, beschließende Ausschüsse grundsätzlich nichtöffentlich tagen zu lassen, muss die Verwaltung ändern. Nur so kann das Interesse der Bürgerschaft an der Kommunalpolitik stärker geweckt werden. Öffentliche Sitzungen sorgen für mehr Transparenz und bauen Misstrauen ab.

Eine Teilnahme an öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats muss dem Besucher, etwa einer Schulklasse, auch erlauben, der Beratung zu folgen. Der Bürgersaal ist dazu baulich (bisher keine Sicht von Besuchertribüne auf die Stadträtinnen und –räte) noch nicht geeignet. Umbau tut not. Zudem sind die technischen Voraussetzungen (Multimedia und Computer, Ton) so zu ändern, dass die Besucher schwierige Themen nachvollziehen können. Eine Live-Übertragung ins Internet samt einer kurzen Aufbereitung der Fragestellungen für den Internetnutzer sollte im Oberzentrum der Technologieregion selbstverständlich sein.

Ortschaftsverfassung – Bürgernähe im Teilort

Die Karlsruher Ortschaftsräte haben sich bewährt. Fragen aus den Teilorten werden von Menschen angegangen, die sich im jeweiligen Ort auskennen. Seit Einführung der Ortschaftsverfassung 1970 wurde in den Teilorten manches bewegt. Neben dem Ortschaftsrat hat die örtliche Bürgerschaft mit der dortigen Verwaltung auch noch kompetente Ansprechpartner. Die Ortsverwaltungen werden immer stärker zu Zentren für Bürgerservice. Das Angebot ist entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten weiter zu entwickeln.

Fragestunde im Gemeinderat

In den Stadtteilen mit Ortschaftsräten haben die Einwohner bereits heute Gelegenheit, Fragen und Anliegen direkt an ihre gewählten Vertreter im Ortschaftsrat zu richten. Die *Karlsruher Liste* setzt sich dafür ein, dass allen Einwohnern im Hauptorgan der Gemeinde – das ist der Gemeinderat – diese Möglichkeit direkter politischer Mitwirkung eingeräumt wird.

2 Solidarische Gesellschaft

Soziale Gerechtigkeit ? – Sozialer Frieden !

Soziale Gerechtigkeit ist ein Ziel, dem sich alle mehr oder weniger verpflichtet fühlen. Das Problem ist nur, dass die Wege dahin sehr umstritten sind – auch bei uns in Karlsruhe. Deswegen ist soziale Gerechtigkeit ein sehr unscharfer Begriff. Hinzu kommt, dass Fragen, bei denen es um soziale Gerechtigkeit geht, selten auf kommunaler Ebene gestellt und beantwortet werden können.

Für eine Kommune ist die Frage nach dem sozialen Frieden viel wichtiger. Er ist ein wichtiger Standortfaktor. Im Gegensatz zur sozialen Gerechtigkeit ist der soziale Frieden etwas, das sich deutlich bemerkbar macht, wenn er gestört ist. Dabei ist kein „Frieden“ gemeint, der durch Repression entsteht.

Im Umgang mit Randgruppen versucht die KAL Ansprechpartner auch für Personenkreise zu sein, die üblicherweise keine Lobby besitzen. Gerade in politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauchen nach Meinung der *Karlsruher Liste* diejenigen unsere Solidarität, die sich nicht selber helfen können.

Wen interessieren schon die leisen Themen?

Über die Hälfte aller erwachsenen Menschen leben ohne Kinder. Über 80 Prozent der Frauen und Männern, die berufstätig sein wollen, haben Arbeit. Viele Politikerinnen und Politiker in Stadt, Land und auf Bundesebene sind von Haus aus Beamte, viele üben oder übten einen Lehrberuf aus. Kaum jemand der politisch Verantwortlichen hat schon einmal lange Zeit von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gelebt.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn die leisen Themen der Politik keine starke Lobby haben. Wer keine Kinder hat und nie mit kleinen Kindern zusammengelebt hat, kann zwar sehr viel Einfühlungsvermögen in die Lebenssituation zum Beispiel von Alleinerziehenden haben. Aber ihre oder seine ganze politische Kraft wird kaum für die Belange dieser Personengruppe eingesetzt werden. Ausbau von Schulen, Bereitstellung von Kindergartenplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten, kinderfreundliche Wohnung und Spielmöglichkeiten, die auch zum sozialen Lernen anregen – diese Themen interessieren höchstens die Hälfte der Erwachsenen. Und wie viele davon sind politisch tätig?

Arbeitslosigkeit ist ein zentrales und doch leises Thema. Es gibt viele Modelle und Ideen, Arbeitsplätze zu schaffen: Plätze für Menschen mit eingeschränkten Fähigkeiten, Arbeitsplätze für Hochqualifizierte oder für Menschen, die schon lang aus dem Arbeitsleben heraus gefallen sind. Aber die Notwendigkeit, diese vorhandenen Modelle oder schon erprobte neue Ideen umzusetzen, erscheint nur am Rand des Politiker-Interesses.

Unser **Ziel** ist, individuelle, soziale und ökonomischen Grundlagen und Entwicklungschancen zu schaffen, damit Menschen in Karlsruhe ihre Vorstellungen von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umsetzen können. Wo nötig, ist hier die Stadt gefordert oder ein freier Träger, der Aufgaben der Stadt übernimmt und dementsprechend durch die Stadt gefördert wird. Kostenfreiheit aller Bildungseinrichtungen, ob Kindergarten oder Schule, ist Teil der Umsetzung des Zieles. Allerdings können wir nicht dafür eintreten, dass die Stadt allein die Finanzierung garantiert. Die Umsetzung dieses Zieles ist langfristig nur mit Hilfe des Landes und des Bundes durch eine Umschichtung der Finanztöpfe möglich.

Die *Karlsruher Liste* unterstützt Projekte, die von selbst organisierten Gruppen oder von freien Trägern initiiert werden. **Ziel** ist, dass sich diese Projekte nach einer Anschubfinanzierung durch die Stadt mit Hilfe verschiedener finanzieller Träger (dazu kann auch die Stadt zählen) etablieren können.

Die *Karlsruher Liste* hat sich zum **Grundsatz** gemacht, die Interessen der Menschen zu vertreten, die nur wenige Chancen haben, sich im öffentlichen Raum zu artikulieren. Unser Anliegen ist, Menschen so früh wie möglich und so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Wir setzen uns nicht für bestimmte Randgruppen ein, sondern für

die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger. Alle Menschen, ob alt oder jung, ob Mann oder Frau, ob mit einer besonderen Begabung oder mit einer besonderen Behinderung, haben das Recht auf eine selbst gewählte Lebensform. Größtmögliche Unterstützung, wo nötig, ist ebenso wichtig wie das Schaffen eigener Freiräume.

Leise Themen eignen sich wenig für große Pressemitteilungen. In den Haushaltsberatungen stehen viele Anträge zur Diskussion, die diese leisen Themen zum Inhalt haben. Hier hat auch eine kleine Fraktion wie die der *Karlsruher Liste* eine Chance, ihre Vorstellungen von menschengerechter Politik einzubringen und erfolgreich zu sein. Hier kann es passieren, dass ein Antrag von uns plötzlich von anderen, großen Fraktionen mit getragen wird.

Was ist nun wichtiger: Ob die Henne oder das Ei zuerst da war – oder ob es für die Kinder dieser Schule schnell eine Entspannung der räumlichen Situation gibt? Leise Themen haben kein Urheberrecht. Wichtig ist, dass für die Menschen, die betroffen sind, eine Änderung eintritt. Wichtig ist, dass Kinder genug Raum haben für ihre persönliche Entwicklung – sei es in der Schule oder auf dem Spielplatz. Wichtig ist, dass Jugendliche sich dort ausprobieren können, wo sie nicht sofort wieder an Grenzen stoßen – also eher in kleinen, selbst gestalteten und selbst verwalteten Räumen als in einer großen Jugendfreizeitstätte mit Aufsicht. Wichtig ist, dass Menschen mit Einschränkungen – sei es durch Krankheit oder Alter – nicht ausgeschlossen oder ausgegrenzt werden und auch nicht auf die grüne Wiese abgeschoben werden (wo sie dann keinen stören).

Die Liste könnte endlos lang sein. Die Themen sind nicht spektakulär. Aber selbst kleine Erfolge tragen dazu bei, das Leben in der Stadt menschenwürdig zu erhalten. Und auch wenn einige Themen einen langen Weg bis zu ihrer Umsetzung brauchen – und wir die Unterstützung der „großen“ Fraktionen benötigen – es lohnt sich, dranzubleiben. Denn das solidarische Karlsruhe macht Lust auf Stadt.

Lobby sein für Kinder, Alte, Behinderte, Wohnungslose ...

a) Kinder

Lobby sein für die, die keine haben, heißt auch, für Kinder eintreten – oder für die, die Kinder großziehen. Dazu gehört für die *Karlsruher Liste*, dass Eltern die Stadt als verlässlichen Partner erleben. Auf der anderen Seite gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir uns nicht in die Regelungen freier Träger einmischen. Wir treten eher dafür ein, dass diese Institutionen, die Aufgaben für die Stadt übernommen haben, in ihrer Arbeit auch adäquat finanziell unterstützt werden.

Unsere Lebenswelt hat sich verändert, bewirkt durch einen tief greifenden Wandel, der fast alle Lebensbereiche umfasst. Das bisherige Verständnis der Begriffe wie Arbeit, Erwerb, Familie, Geschlechterrollen und Rollenverteilung stimmt nicht mehr und kann individuell definiert werden (eine große Freiheit unserer Gesellschaft). Die Kindererziehung ist von diesen Wandlungen am meisten betroffen.

Der Trend geht hin zu Individualisierung, aber auch zu gemeinschaftlichen Lebensformen außerhalb der traditionellen Familie. Die *Karlsruher Liste* misst diesem Trend besondere Bedeutung bei.

Kinder, Männer/Väter und Frauen/Mütter müssen unabhängig von ihren persönlichen Lebensumständen Bedingungen vorfinden, die ihnen eine individuelle, soziale und ökonomische Entwicklung ermöglichen. Die gesellschaftlichen Institutionen, also auch die Stadt Karlsruhe, sollten solche Bedingungen schaffen helfen.

Lust auf Stadt für Kinder: Kinder leben im Stadtteilbezug. Der Verlust oder das Fehlen von Aktionsräumen im Stadtteil hat das Vereinzeln von Kindern in den Wohnungen zur Folge. Der (Medien)Konsum steigt. Kinder wollen spielen, Kinder müssen spielen. Für soziale Lernprozesse sind Aktionsräume notwendig. Das sind insbesondere naturbelassene Räume, ohne pädagogischen Zuckerguss, mit Ecken und Kanten, aber auch Straßen und Gehwege, auf denen jederzeit gespielt werden kann.

b) Ältere Menschen

Älteren Menschen muss ein selbst bestimmtes, menschenwürdiges Leben erhalten bleiben! Sie sollen die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, ob sie in ihrer Wohnung alt werden und dort Unterstützung erhalten oder ob sie in eine altersgerechte Miet- oder Eigentumswohnung umziehen, in der die erforderliche Betreuung sichergestellt ist. Der Zeitpunkt der Übersiedelung in ein Pflegeheim ist durch entsprechende Betreuung und durch altengerechte Wohnungen so lange wie möglich hinauszuzögern. Unabhängig von der gewählten Wohnform müssen ältere Menschen die Möglichkeit haben, in ihrem angestammten Stadtteil bleiben zu können, damit die vorhandenen sozialen Kontakte nicht abreißen und die gewohnte Umgebung erhalten bleibt.

Wenn sich der Gesundheitszustand älterer Menschen verschlechtert, bleibt all zu oft nur der Weg ins Pflegeheim übrig. Dies ist in der Regel mit einem Verlassen der gewohnten Umgebung und somit des Freundeskreises verbunden, da viele Heime am Rande der Wohngebiete liegen oder die näher gelegenen Einrichtungen nicht bezahlbar sind. Um dies zu verhindern, müssen neue Wohnkonzepte und Betreuungsmöglichkeiten entwickelt und von der Stadt initiiert und gefördert werden.

Es wird oft kritisiert, dass ältere Menschen alleine in zu großen Wohnungen leben, und jungen, kinderreichen Familien dadurch erschwingliche größere Wohnungen versperrt sind. Diese Kritik wäre nur dann gerechtfertigt, wenn kleinere preisgünstige und altengerechte Wohnungen im vertrauten Umfeld zur Verfügung stünden. Dann könnten ältere Menschen den Vorteil einer altengerechten Wohnung wahrnehmen, ohne den Nachteil, die vertraute Umgebung verlassen zu müssen.

Dies ist nur dann möglich, wenn

- altengerechte Wohnungen und Wohnkomplexe überall in der Stadt verteilt sind,
- altengerechte Wohnungen nicht teurer sind als die größeren alten Wohnungen
- Einrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs in direkter Nähe liegen.

Diese Wohnkomplexe dürfen nicht zu Ghettos, sondern müssen in die Stadt integriert werden, um das Zusammenleben junger und alter Menschen und die gegenseitige Hilfe wie Alten- und Kinderbetreuung zu fördern. Sie müssen die Möglichkeit bieten, weiterhin am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, und unseren älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen eine sinnvolle Lebensgestaltung ermöglichen.

c) Behinderte

Behinderte Menschen sind, soweit es möglich und für sie sinnvoll ist, in die normalen Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse einzubeziehen. Hierfür müssen geeignete Arbeitsplätze geschaffen werden und Schulen für Behinderte in stärkerem Maße an normale Schuleinrichtungen angegliedert werden. Für Jugendliche und Erwachsene mit leichten und schweren Behinderungen sollen betreute und gemischte Wohngruppen eingerichtet werden.

Auch im Wohnungsbau und in der Stadtplanung ist das Thema Barrierefreiheit von großer Bedeutung. Hier sind die begonnenen Ansätze weiterzuführen (siehe auch Kapitel 6 Stadtplanung).

d) Wohnungslose

Wohnungslosigkeit kann jeden treffen – Wohnraum zu akzeptablen Preisen ist eine Mangelware geworden. Das große Problem des Fehlbedarfs an Wohnungen ist in fast allen Bevölkerungsschichten zu spüren. Doch existentiell wird die Sorge, eine Wohnung zu finden, meist erst bei Arbeitslosen und Personen mit geringem Einkommen oder vielen Kindern.

Obdachlosigkeit ist eine extreme Form des Wohnungsnotstands. Hier gehen die Probleme weit über die Ausweisung von genügend Bauflächen und sozialen Wohnungsbau hinaus: Diese wohnungspolitischen Maßnahmen greifen nicht kurzfristig, doch schnelle Hilfe ist gefordert. Die Karlsruher Liste sieht diese Hilfe auch als Teil der Stadtkultur. Daher unsere Forderung: Bis zum Kulturhauptstadtjahr 2010 gibt es für jeden Menschen in Karlsruhe eine Wohnung.

Frauenpolitik

Wir setzen uns dafür ein:

- in allen Bereichen, in denen Belange von Frauen betroffen sind – von der Stadtplanung bis hin zu sozialen Belangen –, Frauen gleichberechtigt an Entscheidungen zu beteiligen. Dies gilt gleichermaßen für die Planungsphasen, Entscheidungsprozesse sowie die Umsetzung.
- Frauen in Positionen mit Entscheidungsfunktionen in die Stadtverwaltung zu berufen. In diesem Bereich besteht verstärkt die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit.
- bei Entscheidungen der Verwaltung grundsätzlich zu beachten, inwieweit diese die Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen Leben berühren.

Karlsruhe wäre eine frauenfreundlichere Stadt, wenn es mehr Teilzeitarbeitsplätze für Männer gäbe. Auch das gehört zu Lust auf Stadt.

Was die KAL im Bereich Soziales erreichen will:

Kinder – Freiräume zum Spielen und Toben im Quartier schaffen – Kindertageseinrichtungen in allen Variationen mit flexiblen Öffnungszeiten, unterschiedlichen Schwerpunkten (z.B. Waldkindergarten) – Schulen in Ganztagesform in allen Schulbezirken – Festigung des Nachmittagsbetreuungsangebotes – Kinder in die Planung von Spiel- und anderen Plätzen einbeziehen

Jugendliche – alle Schularten in Zukunft auch in Ganztagesform anbieten – „reizvolle“ Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil, Abenteuer suchen und Kräfte messen ohne pädagogischen Zeigefinger der Erwachsenen – Plätze zum Bolzen und Toben ermöglichen – selbst organisierte Jugendaktivitäten unterstützen

Ältere Menschen und Jugendliche in die Planungen von Wohnbebauung und öffentlichen Raum einbeziehen

Behinderte – als Teil unserer Bevölkerung und nicht als irgendeine Randgruppe anerkennen – Barrieren im Kopf und auf der Straße abbauen

Wohnungslose – mit der Volkswohnung zusammen geeigneten Wohnraum schaffen – Anmietung von Wohnungen durch die Stadt oder durch Sozpädal* und Weitervermietung an Wohnungslose – Stärkung der Abteilung Wohnungswesen – Gespräche mit Nachbarn im Vorfeld und bei Bedarf – keine Überbetreuung, aber Angebote.

Karlsruher Pass – Auch in der derzeitigen schwierigen finanzpolitischen Situation der Stadt müssen wichtige Leistungen, wie z.B. der Karlsruher Pass, erhalten bleiben.

Sozialer Frieden wird dort möglich, wo alle wissen, dass sie Rechte bekommen, und dass sie auch Pflichten haben gegenüber der Gemeinschaft. Für die KAL heißt das: Wir unterstützen die Personengruppen, die keine Lobby haben und/oder sich nicht laut genug artikulieren können. Das heißt, wir unterstützen Hilfe zur Selbsthilfe. Um das Erreichte zu sichern, bedarf es nicht nur unserer Unterstützung, sondern insbesondere des Engagements und der Mitarbeit derjenigen, für die wir etwas erreichen wollen.

* Der Verein SOZPÄDAL – Sozialpädagogische Alternativen e.V. – führt sozialpädagogische Projekte durch, um sozial benachteiligte Personen und Personengruppen zu fördern. Dabei geht es vor allem um Menschen, die vom öffentlichen Hilfesystem nicht oder nicht ausreichend erfasst werden.

3 Kultur

Kultur lebt

„Lust auf Stadt“ – ohne Kultur in der Stadt unvorstellbar. Doch was heißt „Kultur in der Stadt“? Egal wie weit man den Begriff „Kultur“ fasst: Eine lebendige Kulturszene lässt sich nur schwer in Schubladen stecken. In diesem Abschnitt des KAL-Wahlprogramms geht es im wesentlichen um die städtisch geförderte Kultur – sei es mit Geldmitteln, sei es durch organisatorische Unterstützung.

Große Zufriedenheit der Bürger Karlsruhes mit dem kulturellen Angebot der Stadt ist ein nicht zu vernachlässigender Indikator für die Zufriedenheit der Bürger mit der Stadt im Ganzen. Kulturelle Vielfalt ist ein wichtiger Aspekt für die Lebensqualität der Bürger in Stadt und Region (und ist nebenbei gelebtes Stadtmarketing).

Die Stadt Karlsruhe hat ein vielfältiges und spannendes kulturelles Leben. Von einem Teil der Bevölkerung wird dies allerdings noch zu wenig oder überhaupt nicht wahrgenommen. Im Hinblick auf die Europäische Kulturhauptstadt 2010 ist somit eine der kulturpolitischen Hauptaufgaben, Karlsruherinnen und Karlsruher zu überzeugen: Die Kultur in Karlsruhe lebt; Erhalt und Ausbau „kosten“ nicht nur Geld – diese Mittel sind auch eine „Investition“ in die Zukunft.

Karlsruhe bietet unzählige Möglichkeiten: Die KAL will die Lust auf Kultur in Karlsruhe fördern.

Kulturelle Vielfalt braucht Unterstützung

Wieviel Kultur braucht eine Stadt? Vor dem Hintergrund der Bewerbung Karlsruhes zur Europäischen Kulturhauptstadt im Jahre 2010 und der großen Haushaltslöcher der Stadtkasse wird dieser Aspekt der Kulturpolitik in Karlsruhe stark diskutiert. Ein Oberzentrum muss eine große kulturelle Vielfalt anbieten: sowohl die großen Einrichtungen wie Landesmuseum, ZKM oder Badisches Staatstheater als auch mittlere Einrichtungen wie Tollhaus oder Sandkorn-Theater als auch die so genannte Klein- und Soziokultur, die unter anderem durch viele Initiativen hervorgebracht wird; Beispiele sind der Tempel in Mühlburg oder die Orgelfabrik in Durlach.

Feste Einrichtungen – Theater, Musik- und andere Spielstätten, Museen, Stadtbibliothek u.a. – kosten das meiste Geld. Die Stadt steht in der Pflicht, die Grundlast der als förderungswürdig anerkannten Institutionen zu finanzieren. Gerade diese Förderung unterscheidet deutsche bzw. europäische Städte von zum Beispiel solchen in den USA: (Geförderte) Kultur ist unabhängig, ist für alle da und für alle bezahlbar.

Daneben müssen auch Projekte eine Chance haben, gefördert zu werden: zum Beispiel neue und spannende Kunstideen oder Festivals. Die Karlsruher Kultur muss lebendig bleiben, offen sein für Veränderungen. Doch darf Traditionelles mit Qualität nicht dem „Event“-Zeitgeist geopfert werden.

Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Haushaltsslage kann auch Karlsruhe bei der Kulturförderung Einsparungen nicht vermeiden. Das heißt aber nicht, dass automatisch die Qualität der kulturellen Angebote in Karlsruhe sinken muss. Es ist auch ein Antrieb für manche Kultureinrichtungen (Staatstheater!), sich der Aufgabe zu stellen, neue Geldquellen zu finden, gegebenenfalls Altes über Bord zu werfen und mit künstlerischer Kreativität kostengünstig Neues zu entwickeln. Einrichtungen wie das Tollhaus mit vorbildlicher Kostendeckung zeigen den Weg.

Das Sponsoring kultureller Einrichtungen, Künstler und Künstlerinnen in Karlsruhe muss eine bedeutendere Stellung bekommen. Hier kann, ja muss die Stadt Mittlerfunktion übernehmen. Die Kulturpolitik sollte den Ansatz einer Sponsorenbörse neu diskutieren. Die Stadt samt ihren wichtigsten Repräsentanten muß die Kultureinrichtungen bei ihren Bemühungen um „Drittmittel“ unterstützen.

Ein starkes städtisches Kulturmanagement ist wichtig, das neue Entwicklungen erkennt und unterstützt sowie gegebenenfalls auf verkrustete Strukturen hinweist. Nicht die Stadtverwaltung gibt kulturelle Vorgaben, wie die Kultur in Karlsruhe auszusehen hat, sondern die Verwaltung ist

im Rahmen eines effizienten Kulturmanagements Dienstleister für Kulturschaffende, die in und für die Stadt Kultur „machen“ wollen. Diese Art der Unterstützung gilt auch den Kulturtreibenden, die keine direkte finanzielle Förderung durch die Stadt erhalten.

Kulturentwicklungsplan

Nicht alles, was wünschenswert ist, ist finanzierbar. Nicht alles, was finanzierbar wäre, ist förderungswürdig. Nicht alle starken Ideen reifen in wenigen Monaten. Notwendig erscheint ein laufend fortzuschreibender Kulturentwicklungsplan – eine Art Bestandsaufnahme mit Vision: Wohin soll die kulturelle Reise gehen? Wofür will die Stadt in Zukunft mehr, wofür weniger Geld in die Hand nehmen. Die Vorschläge für die Zukunft und die Vision sollten Kulturpolitik und Kulturszene im Dialog entwickeln.

Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung aufgestellten Kriterien der Förderung sind dafür ein guter Ansatz. Jetzt muss die Kulturpolitik, beraten durch die Verwaltung aber auch Farbe bekennen: Welche Kultureinrichtungen, welche Kulturprojekte erfüllen welche Kriterien! Diese Beurteilung braucht öffentliche Debatte. Denn nur dann ist der Weg für die Betroffenen und für die Bürger transparent.

Kulturhauptstadt 2010: Bewerbung und Ausrichtung

Die Bewerbungsschrift für die Kulturhauptstadt Europas 2010 wird als eine Leitlinie eines Kulturentwicklungsplanes dienen. Projekte zu den Themen der Bewerbung werden natürlich besonders gefördert werden, auch schon weit vor 2010. Die Politik stellt hierzu ein Budget zur Verfügung. Die Entscheidung über die Auswahl der Projekte sollte ein Intendant, beraten durch ein Fachgremium, treffen.

Die KAL fordert: Diese notwendige Projektförderung im Rahmen des Wegs zur Kulturhauptstadt darf nicht aus dem laufenden Kulturretat genommen werden. Denn dort werden viele Kulturangebote gefördert und Einrichtungen finanziert, die zwar nicht für die Kulturhauptstadt, wohl aber langfristig für die Stadt und ihre Bewohner von Bedeutung sind. Verantwortliche Kulturpolitik heißt: Planung auch für die Jahre nach 2010.

Vordringlich ist eine überzeugende Bewerbung. Die KAL hat als tragenden und überzeugenden Leitgedanken – den roten Faden der Bewerbung – einen „Privilegienbrief 2015“ vorgeschlagen: als aktuelle und der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts entsprechende Fortschreibung des Privilegienbriefs des Stadtgründers, Markgraf Karl Wilhelm. Dieser Leitgedanke wurde auserkoren. Allerdings hat die Projektgruppe, vertreten durch Bürgermeister Ullrich Eidenmüller den Leitgedanken auf Recht bzw. Gerechtigkeit fokussiert. Ob dies eine tragfähige Bewerbung ergibt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Leider hat die Projektgruppe die Kunst- und Kulturszene in Karlsruhe an der Ausarbeitung der Bewerbung kaum beteiligt. Diesen Geburtsfehler gilt es zu heilen. Denn mit dem Leitmotiv müssen sich die Themenbereiche der Bewerbung – Stadt des Rechts, Stadt der Wissenschaft, die „geplante“ Stadt, Stadt der Verbindungen in Europa – und die kulturellen Stärken von Karlsruhe verbinden lassen. Den Bezug zwischen Kultur und Recht sowie Kultur und Gerechtigkeit herauszustellen und erlebbar zu machen, darin sieht die KAL die zentrale Herausforderung der Bewerbung. „Mit Recht – Karlsruhe“.

Bei den mit der Kulturhauptstadt verbundenen Investitionen in die kulturelle Ausstattung und die Stadtentwicklung gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit: Das langfristige Wohl und der andauernde Vorteil für die Menschen in Karlsruhe und der Region sind die Richtschnur. Daher sollen die besten Ideen und Vorschläge aus der Bundesgartenschauplanung, dem bestehenden Innenstadtkonzept, dem Beteiligungsverfahren City 2015 und anderen Planungen in die Planung und Durchführung der Kulturhauptstadt integriert werden (vgl. Kapitel 6 Stadtplanung).

Kulturinsel Ostau

Zentrales Projekt der Kulturhauptstadt muss die Kulturinsel Ostau sein. In die Bewerbung wurde diese KAL-Forderung aus dem Jahr 1998 auch so übernommen. Ziel der Investition: Umwandlung des ab 2006 geschlossenen Schlachthofs in ein Areal für Kunst, Kultur, Kreativität. Kultureinrichtungen und „kulturnahes“ Gewerbe sollen dort ihren Platz finden.

Kernbausteine der Kulturinsel sind die dort bereits bestehenden Einrichtungen mit zum Teil überregionaler Ausstrahlung: Musik-Hochschule, Tollhaus, Musikkneipe, freie Künstler. Daneben muss dort endlich Platz für die Einrichtungen gefunden werden, die seit Jahren erfolgreich arbeiten, aber in unbefriedigenden oder absehbar entfallenden Räumlichkeiten untergebracht sind: Kinemathek, Jazzclub, Substage.

Jugendkultur

Trotz der kulturellen Vielfalt ist der Schwerpunkt Jugendkultur in Karlsruhe zumindest in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Das Jubez allein kann diesem nicht gerecht werden. Die Schließung des Kinder- und Jugendtheaters Bluemix war ein Fehler, der gegen den Willen der KAL zustande kam.

Für den Bereich Kinder- und Jugendtheater muss dringend ein neues, tragfähiges Konzept entwickelt werden. Geeignete Personen aus der Theaterszene könnten dies übernehmen, aufbauend auf den Erfahrungen mit den bestehenden Jugendtheatergruppen. Eine Beteiligung der Jugendlichen – eigene Dramaturgie und Schauspielerei – und eine eigene Spielstätte (schon allein wegen der Proben) sind zentrale Forderungen. Eine Anbindung an ein bestehendes Theater, egal ob Staatstheater oder Sandkorn, ist kein Weg. Denkbar ist die Ausschreibung einer „Intendanz“ für ein neues Bluemix. Dieser Intendant inszeniert mit Jugendlichen, freien Schauspielern und wechselnden Ensembles die Stücke.

Einen großen Teil der Jugend könnte man durch die Schaffung einer Mehrzweckhalle mit Skaterpark begeistern, in der sogar internationale Wettbewerbe stattfinden könnten. Eine solche Halle kann auch für viele kleinere Veranstaltungen verschiedener Art, z. B. für Graffiti-Wettbewerbe oder HipHop-Konzerte genutzt werden. In Karlsruhe sind die Voraussetzungen und die Kontakte für ein solches Vorhaben vorhanden, sie müssen nur verknüpft werden. Damit könnte Karlsruhe über seine Stadtgrenzen hinaus große Aufmerksamkeit erreichen und attraktiv für eine junges Publikum werden.

Freie Kultur

In den letzten Jahren hat es Zuwachs an freien Kultureinrichtungen in Karlsruhe gegeben. Zwei Kulturhäuser, das GOTEK Kulturhaus und das Kulturhaus Mikado bereichern nun zusätzlich das kulturelle Leben Karlsruhes. Diese Häuser haben Unterstützung, wenn sie gebraucht wird, verdient.

Das Tollhaus am Schlachthofgelände, schon längst überregional etabliert, muss sich ausdehnen können, um weiterhin qualitativ hochstehende Veranstaltungen gewährleisten zu können. Egal ob die gewünschte Kulturinsel Ostau kommt oder nicht: Die geplante Erweiterung um eine (Proben)Bühne im Ostteil des Gebäudes muss in den Finanzplan der Stadt aufgenommen werden.

Badisches Staatstheater

Das Badische Staatstheater ist ein wertvoller Bestandteil der Karlsruher Kulturszene und unverzichtbar, auch wenn es hohe Subventionen verschlingt: Rund drei Fünftel der städtischen Kulturförderung fließen ans Staatstheater. Doch bei einem Zuschuss zu jedem Staatstheaterbesuch von über 100 Euro – je zur Hälfte durch Land und Stadt – muss sich das Haus einer grundsätzlichen Ausgabenkritik stellen.

Die Karlsruher Liste ist der Meinung, dass vor weiteren Kürzungen der freiwilligen Leistungen an andere, kleinere Kulturträger auch im Staatstheater Reserven für Einsparungen zu nutzen

sind. Diese Richtlinie gilt es sensibel in den Gesprächen mit dem Land Baden-Württemberg durchzusetzen, ohne dass das Badische Staatstheater im Vergleich zu dem in Stuttgart (noch) schlechter gestellt wird.

Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM)

Das ZKM ist nicht nur eines der kulturellen Aushängeschilder von Karlsruhe. Vor allem die dort erdachten und entwickelten Techniken für die Nutzung der gar nicht mehr Neuen Medien, sowie die kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen für die Gesellschaft sind für die Zukunft von Bedeutung. Die KAL hat den Weg des ZKM von der Gründungsidee bis zur heutigen weltweit anerkannten Institution als Labor, Ort der Kunst und modernes „Museum“ positiv kritisch begleitet.

Mit dem Aufbau war auch die Stadt Karlsruhe finanziell stark gefordert. Heute noch übernimmt die Stadt neben dem Land die Hälfte der Grundfinanzierung – immerhin rund fünf Millionen Euro pro Jahr. Dies soll so bleiben. Weitere Mittel muss das ZKM im wesentlichen selbst erwirtschaften. Hier und bei Restrukturierungen zur Senkung der laufenden Ausgaben zu helfen, darin sieht die KAL die städtische Aufgabe der Zukunft. Die Reintegration des Museums für Neue Kunst ist ein erster, richtiger Schritt.

Ziele der Karlsruher Liste für die Kulturpolitik

- Kulturpolitik soll den verschiedenen Formen der Kultur den Weg ebnen, damit sie sich entfalten können, allerdings ohne sich direkt in die Inhalte der Kultur einzumischen. Sie sollte die gesellschaftlichen, demokratischen, aber auch finanziellen Grundvoraussetzungen schaffen, damit alle Bürger die gleichen Chancen haben, an Kultur teilzunehmen.
- Im Kulturentwicklungsplan sollen Festlegungen getroffen werden, wer gefördert wird, auf welche Art die Förderung erfolgt, wo ein Überangebot durch falsche Förderung herrscht und wie es abgebaut werden kann, wo sich Einrichtungen und Angebote überlebt bzw. gravierend verschlechtert haben. Nur so lässt sich Kulturpolitik transparent bewältigen.
- Die freie Kulturarbeit, die Bibliotheken usw. dürfen nicht als Sparmaßnahme für die großen Töpfe, wie Staatstheater und ZKM, oder zur Finanzierung der Bewerbung „Kulturhauptstadt 2010“ benutzt werden.
- Erfolgreiche Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas 2010: Verwaltung und Kulturszene müssen das Konzept fortentwickeln und in den kommenden Jahren die kulturelle Vielfalt und Kreativität in Karlsruhe demonstrieren.
- Schaffung einer Kultur-Servicestelle „one face to the customer“ als Anlaufpunkt für Kultur-Veranstalter, Künstler und Künstlerinnen, die projektbezogene Kultur in Karlsruhe anbieten möchten.
- Sponsorenbörse: Aktive Vermittlung der Stadt oder im Auftrag der Stadt von Sponsoren für alle Kultureinrichtungen und Kulturprojekte, z.B. durch eine Agentur.
- Umsetzung des langfristigen Konzepts „Kulturinsel Ostau“; erster Baustein: Erweiterung Tollhaus.
- Entwicklung eines neuen, tragfähigen Konzepts für das Kinder- und Jugendtheater.
- Suche nach und Bereitstellung adäquater Ateliers seitens der Stadt für Künstlerinnen und Künstler; insbesondere muss die gefundene Regelung für die Künstler hinter dem Hauptbahnhof Bestand haben. Eine Überplanung des Areals soll eine (Teil-)Integration der Ateliers als von der Stadt gewünschte Entwicklung berücksichtigen.

4 Sport und Freizeit

Sport in Karlsruhe

Der Städtetag Baden-Württemberg stellt bei den Aufgaben der Kommunen in den Bereichen Bewegung, Sport, Spiel, Erholung und Freizeit eine erhebliche Veränderung fest. Dies liegt an der Ausdifferenzierung des Sports: Menschen mit unterschiedlicher Motivation wie beispielsweise Fitness, Gesundheit, Spieltrieb, Abenteuerlust, Leistungsbereitschaft und Suche nach Gemeinschaft treiben Sport bzw. nutzen ihre Freizeit zur Bewegung. Trotz weiter steigender Mitgliederzahlen ist Sport deshalb nicht mehr nur die Sache von Vereinen. Ebenso bedeutend ist der individuelle Antrieb von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sich zu bewegen, auszutoben und fit zu halten.

Mit der Vielfalt der Anbieter steigt auch die wirtschaftliche Bedeutung des Sportes. So machen kommerzielle Sportangebote von der Tennishalle bis zum Fitnesscenter bereits einen bedeutenden Teil der Sportlandschaft aus. Dazu kommen die Sportangebote von Volkshochschulen oder Jugendeinrichtungen. Auch viele Vereine stellen ihre Angebote auf die gewandelten Ansprüche der Nutzer ein: Kurse für Nichtmitglieder, vereinseigene Fitnesscenter, offene Sportanlagen – von Beachvolleyball bis Boule –, Lauftreffs für Jedermann etc.

Aber gerade aufgrund der wachsenden Zahl kommerzieller Sportangebote ist es andererseits wichtig, die soziale Funktion des Sports zu bewahren. Sport darf nicht zum Privileg einiger weniger werden. Alle Menschen unserer Stadt müssen an der Vielfalt der Angebote teilhaben können. Zur sozialen Funktion des Sports gehören auch die besonderen Aufgaben, den Sport mit sozialpädagogischen Ansätzen zu verknüpfen, oder seine Integrationskraft beispielsweise bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Bei den Bürgern genießt die Freizeitorientierung einer Stadt hohe Priorität. Qualifizierte, vielseitige Angebote stellen einen Imagegewinn dar. Sie machen „Lust auf Stadt“. Sportpolitik ist deshalb auch Standortförderung und Stadtmarketing.

Aufgabe städtischer Sportpolitik nach Ansicht der *Karlsruher Liste* ist:

- die Sicherstellung und qualifizierte Weiterentwicklung einer vielfältigen Sportlandschaft
- die Unterstützung und Förderung nichtkommerzieller Sportangebote, insbesondere des Vereinssports
- das Vorhalten von Sportanlagen, soweit Sportanbieter dies nicht übernehmen (Bäder, Skaterplätze, Trimm-Dich-Pfade, Bolzplätze, Wanderwege etc.), und insbesondere die Förderung von Vereinssportanlagen (Karlsruher Modell)
- die Übernahme einer Vermittlerrolle zwischen den verschiedenen Sportanbietern
- die Initiierung und Weiterentwicklung von Konzepten in den Bereichen Spiel – Sport – Bewegung
- die Erstellung oder Begleitung von Sportentwicklungsplanungen
- die konsequente Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, in dem der Sport als Träger der Jugendarbeit anerkannt ist, zur Verknüpfung von sportlichen und sozialen Aufgaben
- die Sicherung und Weiterentwicklung der organisatorischen Rahmenbedingungen des Schulsports
- die Unterstützung des Leistungssports insbesondere durch organisatorische, im Rahmen einer Grundförderung aber auch durch finanzielle Hilfe.

Zur Umsetzung städtischer Sportpolitik ist die Grundvoraussetzung eine sinnvolle Förderung unter Beachtung der eigenen Zielvorgaben. Hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit mit den Organisationen des freien Sports (Sportkreis, Sportjugend, Badischer Sportbund, Fachverbände).

Sportförderung

Vereine müssen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzugehen. Neben der Koordination von Projekten sind die Förderrichtlinien ein Instrument der Steuerung. Vereine, die sich in der Jugend- und Seniorenarbeit sowie der Gesundheitsförderung engagieren, werden bei der Förderung bevorzugt.

Eine zusätzliche Unterstützung ist da gefragt, wo der organisierte Sport in besonderem Maße an der Lösung schwieriger gesellschaftspolitischer Aufgaben mitarbeitet. Dies ist beispielsweise bei der Betreuung von Jugendlichen in schwierigem Umfeld (in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit) sowie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderten der Fall.

Das so genannte Karlsruher Modell hat sich als erfolgreich erwiesen. Die meisten Sportanlagen sind mit Ausnahme der Schulsporthallen und der meisten Bäder in der Hand von Vereinen, wobei die Stadt den Bau und die Unterhaltung mitfinanziert. Dieses Modell sichert eine laufende Überwachung und Unterhaltung der Anlagen. Aufgrund der vielen Stunden von Ehrenamtlichen im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements und aufgrund des Eigenbeitrags der Vereine hat die Stadt in der Vergangenheit viel Geld gespart. Dies zeigen Vergleichsrechnungen mit Städten, in denen sich die Sportanlagen in städtischem Eigentum befinden. Aktuell zeichnet sich allerdings eine Unterfinanzierung der Vereine ab: Die Konsolidierung des städtischen Haushalts darf nach Überzeugung der KAL nicht zu Lasten der Vereine und damit des Karlsruher Modells gehen!

Der Sportkreis und die Vereine haben sich in einem Grundsatzpapier und in vielen Gesprächen bereit erklärt, einen Sparbeitrag zu bringen. Darüber hinaus gehende Forderungen an den Sport lehnt die KAL ab.

Sportentwicklungsplanung und Sportstättenleitplanung

Die Sportentwicklungsplanung ist die wesentliche Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung neuer Sport- und Sportstättenangebote. Der Sportentwicklungsplan der Stadt Karlsruhe liegt seit drei Jahren als Entwurf vor. Dringend sollte die Verwaltung den Entwurf auf den neuesten wissenschaftlichen Stand bringen und in Kooperation mit dem Sportkreis aktualisieren. Denn in den nächsten Monaten muss der Gemeinderat den Sportentwicklungsplan endlich beschließen.

Bereits heute zeigt sich: Es fehlen einerseits Sportflächen – sowohl Hallen als auch Freiflächen – in Wohnnähe, andererseits gilt es, die vorhandenen Flächen effizienter zu nutzen, und zwar über die vermeintlichen Grenzen einzelner Institutionen wie Sport, soziale Träger, Wirtschaft etc. hinweg. So geht es hier auch um die Rückgewinnung von innerstädtischen Spiel- und Bewegungsräumen.

Sport als Beitrag zur sozialen Stadt

Die *Karlsruher Liste* sieht den Hauptschwerpunkt der sportlichen Aufgaben der Stadt Karlsruhe im Bereich einer sportbezogenen Kinder- und Jugendarbeit. Ein Grund sind die vorhandenen Defizite bei der körperlichen und motorischen Entwicklung, die von Sportwissenschaftlern belegt wird. Dabei stellt der festzustellende Bewegungsmangel die Hauptursache dar: Immer mehr Kinder bewegen sich immer weniger. Immer weniger Kinder bewegen sich immer mehr. Zudem sind die persönlichkeitsbildende Wirkung des Sports und das Einüben gesellschaftlichen Rollenverhaltens festzuhalten.

Die Stadtverwaltung sollte Maßnahmen unterstützen, koordinieren und letztlich auch initiieren mit der Zielrichtung, Sport- und Bewegungsangebote zu schaffen im Sinne einer sportbezogenen Kinder- und Jugendarbeit. Dabei sind insbesondere die Zielgruppen anzusprechen, die nicht oder nicht mehr in Vereinen organisiert sind. Idealerweise wenden sich die Kinder und Jugendlichen später erneut Vereinsangeboten zu. Primäres Ziel ist es jedoch, Kinder und Jugendliche zu einem lebenslangen Sporttreiben zu motivieren.

Die Zahl der Jugendlichen nimmt zu, die Fitness, Wohlbefinden, Spaß und Kommunikation außerhalb von Training und Wettkampf suchen. Die Organisationsformen sind also so zu wählen, dass die Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld abgeholt werden.

Beispielhafte Projekte aus Karlsruhe waren und sind:

- der Sport-Punkt Nordstadt,
- das Mobile Sportbüro,
- die Initiative „Sport auf der Straße“,

- das Projekt „Kinder in Bewegung“ der Sportjugend Karlsruhe,
- die Kindersportschulen einiger Vereine (MTV, PSK, SSC) und
- die Sport- und Bewegungskindergärten (Beispiel: Bewegungskindergarten im Technologiepark in Kooperation zwischen Technologiepark, SSC und Fächerbad).

Diese gilt es sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Sport als Wirtschafts- und Standortfaktor

Hier ist zum einen die direkte Wertschöpfung durch Sportanbieter zu nennen. Dies ist ein Wachstumsmarkt, insbesondere bei kommerziellen Angeboten.

Für die Sportstadt Karlsruhe mit ihrer Mischung aus einem vielfältigen und qualifizierten Sportangebot, einer hochkarätigen Veranstaltungspalette im Wildparkstadion, in der Europahalle und der Neuen Messe gilt es, gerade die weichen Standortfaktoren zu fördern und zu kommunizieren. Betriebliche Gesundheitsförderung, Angebote für aktive Mittagspausen und Betriebssportgemeinschaften sind bei größeren Unternehmen durchaus üblich – kleinere Unternehmen haben diese Möglichkeiten nicht. Hier könnte die Stadt als Initiator, Vermittler und Koordinator auftreten und so einen beträchtlichen Imagegewinn erzielen.

Serviceangebot im und für den Sport

Das Sportamt hat die Funktion eines Dienstleisters für die ehrenamtlichen Strukturen, es ist aber auch Partner von „Sportunternehmen“ wie z.B. Fitness-Centern. Die Kooperation mit dem Vereinssport muss neu strukturiert werden. Es gilt, den Sportkreis Karlsruhe beim Aufbau von professionellen Strukturen zu unterstützen, die er zur Bewältigung derzeitiger und künftiger Aufgaben dringend benötigt. Bis die sich entwickeln, muss der Dialog von Politik und Verwaltung mit dem Sport auch die existierenden Initiativen von Sportvereinen einbeziehen.

Serviceaufgaben der Stadt in diesem Zusammenhang sind u.a.:

- die Verbesserung der Sportberatung
- die Schaffung eines Sportportals im Internet mit Information über die vielfältigen Möglichkeiten im Sport (Beispiel: Stuttgarter Sport Spaß)
- die Unterstützung des Leistungssports im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe
- die Unterstützung des Aufbaus eines Sportinternats. Die Stadt hat hier vor allem eine koordinative Funktion (Hilfe bei der Suche nach Finanzpartnern, Sponsoren, Räumen, Vereinspartnern), sollte jedoch auch zu einem Investitionszuschuss bzw. einer Anschubfinanzierung bereit sein.

Karlsruhe hat bei diesen Aufgaben Standortvorteile:

- Zum Beispiel wegen des Otto-Hahn-Gymnasiums, das als Partnerschule des Olympiastützpunkts die meisten Kaderathleten in Baden-Württemberg ausbildet, damit diese Talente Schule und Training miteinander vereinbaren können.
- Zum Beispiel aufgrund des Sportinstituts an der Universität, das einen ausgezeichneten Ruf bei der Erarbeitung von Studien zum Bewegungsmangel der Kinder und Jugendlichen besitzt und Ansätze im Bereich der Gesundheitsprävention entwickelt und erprobt.
- Zum Beispiel aufgrund innovativer Vereine und der Sportjugend, die in zahlreichen Projekten Sport und Jugendarbeit miteinander verbinden, die weit über die Grenzen von Karlsruhe Modellcharakter besitzen.
- Zum Beispiel aufgrund des Sitzes des Badischen Sportbundes in Karlsruhe.

Diese Kompetenzen gilt es noch mehr zu nutzen als bisher.

Freizeit: Natur und Parks, Bäder, Zoo, Feste

Die Politik kann (und soll) bei vielen Freizeitmöglichkeiten nur begrenzt eingreifen. Vieles ist einfach da: Hardtwald (statt Nordtangente) direkt hinter dem Schloss, der Oberwald, das Landschaftsschutzgebiet südliche Hardt, die naturschutzwürdigen Rheinauen: Natur hat einen großen Freizeitwert.

Daneben unterhält die Stadt eigene Freizeiteinrichtungen. Stichwort Bäder: Schwimmen, Baden, Wellness und Entspannung für die Besucher hochattraktiv; für die Stadt so betriebswirtschaftlich günstig wie möglich. Dies ist noch nicht der Fall. Eine städtische Subvention von weit über 10 Euro pro Besucher in den städtischen Hallenbädern ist angesichts des Gebotenen zuviel. Das Fächerbad, getragen von vier Vereinen, zeigt, wie ein attraktives Bad mit deutlich geringeren Zuschüssen auskommt.

Die KAL hätte daher dem Bau und der laufenden Finanzierung eines Freizeitbads nur zustimmen können, wenn einerseits die Nutzer davon deutlich profitieren (attraktiveres Angebot) und andererseits der städtische Haushalt nachhaltig entlastet wird. Dies lässt sich nur bei klarem Profil für die einzelnen Bäder und eventuell dem Schließen einiger anderer Bäder erreichen. Nach den im Mai 2004 vorliegenden Zahlen werden diese Forderungen nicht erfüllt. Die KAL hat daher den Bau des Freizeitbads abgelehnt.

Die KAL sieht zudem große Probleme bei der Organisation des Schul- und insbesondere des Vereinsschwimmens, insbesondere durch eine Schließung des Tulla- und Wettersbacher Bads. Unsere Forderung, auch wenn der Gemeinderat sich bereits mehrheitlich für ein Freizeitbad ausgesprochen hat: Die obige Frage und die zukünftige Funktion des denkmalgeschützten Tullabads müssen vor einer eventuellen Schließung geklärt sein! Das Bäderkonzept muss unter Berücksichtigung der Bade- und Bäderlandschaft der Region überarbeitet werden.

Auch beim Zoo ist die Kommunalpolitik gefragt. Zoobesuche stehen nach allen Umfragen mit an der Spitze der Freizeitaktivitäten. Die Aufgabe von Stadt und Gemeinderat: das Interesse der Besucher, Tiere zu beobachten, mit den Ansprüchen einer möglichst artgerechten Haltung zu verbinden. Daher muss als wichtigster Schritt die Umgestaltung des „Lebensraums Wasser“ schleunigst abgeschlossen werden.

Ebenfalls eine wichtige kommunalpolitische Herausforderung: Karlsruhe, mit Schloss- und Stadtgarten, Günter-Klotz-Anlage, Albaue u.v.m., muss eine Stadt im Grünen bleiben. Mit jedem neuen Stadtteil sollte ein Park entstehen. Die bestehende Lücke mit dem Stadtpark für die Süd- und Oststadt zu schließen, ist aus Sicht der KAL die nächstliegende Aufgabe.

Die von den Bürgerinnen und Bürgern begeistert aufgenommene Planung zur leider abgelehnten Bundesgartenschau 2015 enthält weitere interessante Bausteine für ein noch grüneres Karlsruhe. Im Rahmen der Umsetzung der Kulturhauptstadt 2010 (siehe Abschnitt „Kultur“), aber auch als eine Leitlinie der Stadtplanung wird sich die KAL für eine schrittweise Verwirklichung aussprechen. Unser Vorschlag zur konkreten Umsetzung: moderierte Bürgerbeteiligung mit Budget für die Umsetzung der Ergebnisse.

Für Feste muss die Stadt Raum geben – von den Stadtteilstesten über den Stadtgeburtstag und das Trachtenfest bis zu „Das Fest“. Der Marktplatz als Aushängeschild der Innenstadt darf allerdings nicht mit jeder beliebigen Veranstaltung rund ums Jahr belegt werden. Events ohne Karlsruher Tradition – etwa der Fischmarkt – können auch woanders als auf dem zentralen Platz der Weinbrenner-Stadt stattfinden. Denn der Marktplatz gehört auch den Menschen, die einfach bummeln und im Café sitzen – oder ins Rathaus oder zum KVV-Kundenzentrum mit Mobilitätszentrale wollen.

Nachtleben

In Karlsruhe kann man das Nachtleben in all seinen Facetten genießen. Neben den vielen Gaststätten, Kneipen hat sich auch eine regionale Clubszene in Karlsruhe etabliert. Diese braucht sich nicht gegenüber anderen Städten verstecken. Regionale DJs haben in Karlsruhe und Umgebung mittlerweile einen guten Ruf. Sie sehen sich allerdings nicht als übliche

„Plattenaufleger“, wie das noch oft bezeichnet wird. Sie verstehen sich als Künstler (DJ-Kultur), die das Abspielen und Mischen Ihrer Tonträger zelebrieren und das Publikum zum Grooven bringen.

Dabei gibt es die vielfältigsten Stilrichtungen, wobei die Auftritte der DJs in Locations wie Konzerte anzusehen sind, die teilweise große Fan-Gemeinden hinter sich haben. Dies gilt es zu unterstützen, und zwar nicht primär finanziell. DJ-Kultur sollte von der Stadt als Kultur- und Freizeitbeitrag angesehen werden. Noch hat sich diese Sicht nicht in der Stadtverwaltung durchgesetzt. Die KAL will die Stadtverwaltung sensibilisieren, dass ein ausgeprägtes Nachtleben – wie zum Beispiel durch eine gute Clubszene – neben guter Gastronomie und Kneipenvielfalt ein wichtiger weicher Standortfaktor für Karlsruhe ist. Dazu gehört eine flexiblere Handlungsweise seitens der Stadtverwaltung für die Genehmigung von Open-Air-Tanzveranstaltungen.

Was die KAL im Bereich Sport und Freizeit erreichen will:

- Fortsetzung des „Karlsruher Modells“ bei der Förderung von Vereinssportanlagen
- Entwurf des Sportentwicklungsplans auf den neuesten wissenschaftlichen Stand bringen, in Kooperation mit dem Sportkreis aktualisieren und verabschieden
- Städtische Unterstützung für Sport als Beitrag zur sozialen Stadt
- Mehr Bolzplätze – für Kinder, für Jugendliche und für junge Erwachsene
- Ein klares Konzept für die Bäderlandschaft in Stadt und Region mit Angeboten für alle Zielgruppen (Familien und Jugendliche, Senioren, Schwimmsport etc.): eventuell mit Freizeitbad; auf jeden Fall aber mit einem noch attraktiveren Fächerbad (z.B. durch Rutsche oder Außenbecken); das wurde dem Fächerbad auch vor Jahren versprochen; mit Investitionen in Rappenwört, das attraktivste Freibad in Karlsruhe
- regionale Abstimmung: welche Baggerseen für Freizeitnutzung, welche für Natur
- regionale Radwege in der Technologieregion schaffen – bessere Ausschilderung!
- den neuen Stadtpark zwischen Kriegsstraße-Ost und östlicher Südstadt vorrangig entstehen zu lassen – mit einem Aktivspielplatz und Bolzplatz!
- Ein kompletter, endlich fertig gestellter Lebensraum Wasser im Zoo.

5 Natur und Umwelt

Umweltqualität ist Lebensqualität

„Lust auf Stadt“ entsteht nur, wenn die Lebensqualität und damit die Umweltqualität in der Stadt auch gut ist. Die *Karlsruher Liste* strebt deshalb eine dauerhaft umwelt- und menschengerechte (nachhaltige) Entwicklung für die Gemarkung Karlsruhe an. Eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung in einem Verdichtungsraum wie Karlsruhe hat wesentlich mit der Flächenpolitik (siehe auch Kapitel 6 Stadtplanung) zu tun. Ein weiterer entscheidender Faktor für die Lebensqualität: Lärm bzw. das Fehlen von Lärm (siehe auch Kapitel 7 Verkehr).

Nachhaltige Entwicklung bedeutet vereinfacht, die Reduzierung des Verbrauchs an Umweltgütern (Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Biotope u.a.) auf ein Niveau, welches die Wiederherstellungsfähigkeit der Umweltgüter nicht überschreitet. Hierbei sollen die drei Ziele der Nachhaltigkeit Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander verknüpft werden. Eine nachhaltige Entwicklung ist dann erreicht, wenn die heute lebenden Menschen ihre Bedürfnisse in einer Weise befriedigen, die auch künftigen Generationen die Chance lässt, ihrerseits ihre Bedürfnisse – zumindest auf dem heutigen Niveau aber umweltschonender – zu befriedigen (Zukunftssicherung für künftige Generationen).

Wesentlicher Aspekt der nachhaltigen Entwicklung ist somit das Ressourcenmanagement. Dieses bedeutet, dass:

- die Ressourcen – soweit nicht regenerierbar – geschont oder durch regenerierbare ersetzt werden,
- die Ressourcenproduktivität erhöht wird,
- eingesetzte Ressourcen möglichst lange verwendet werden (Verlangsamung des Ressourcendurchflusses),
- nicht mehr benötigte Ressourcen nicht vernichtet, sondern wieder aufbereitet werden und
- Schadstoffe und „Abfälle“ die Aufnahmefähigkeit der Umwelt nicht überfordern dürfen.

Die knappste Ressource in einem Verdichtungsraum wie Karlsruhe ist die Fläche, weshalb der Flächenhaushaltspolitik eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Flächenhaushaltspolitik

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ findet sich seit der Novellierung des Planungsrechts 1998 auch im Baugesetzbuch (BauGB) und Raumordnungsgesetz (ROG). Das novellierte BauGB schreibt jetzt vor, dass die Bauleitpläne statt der geordneten eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten sollen. Auch bei der Abstimmung der unterschiedlichen Anforderungen an den Raum und die Vorsorge für die Raumfunktionen und -nutzungen, ist seit 1998 nach dem neuen Raumordnungsgesetz die Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung zu berücksichtigen.

Trotz der Implementierung dieser Vorstellungen in das Planungsrecht werden immer noch jeden Tag 22 Fußballfelder in Baden-Württemberg versiegelt, bebaut oder asphaltiert!

Nachhaltige Entwicklung bedeutet für die *Karlsruher Liste* in der Flächenschutz- und Bodenschutzpolitik:

- Festsetzung von Versiegelungsgraden (Schutz nicht regenerierbarer Ressourcen wie z.B. Boden)
- Vorrang für verdichtete Bauformen (Erhöhung der Ressourcenproduktivität)
- Berücksichtigung der unterschiedlichen Anforderungen unterschiedlicher Generationen bei der Bauplanung (möglichst lange Verwendung eingesetzter Ressourcen)
- Flächenrecycling (Aufbereitung nicht mehr benötigter Ressourcen) bis hin zur Entsiegelung

- Vorrang für energiesparende Bauweisen und Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten innerhalb der Baugebiete (keine Überforderung der Aufnahmefähigkeit der Umwelt durch Schadstoffe und „Abfälle“)

Um Flächenversiegelungen in erheblichem Ausmaß zu verhindern, lehnt die *Karlsruher Liste* z.B. die Nordtangente ab, da durch deren Trasse eine neue Zerschneidungslinie entstehen würde, die nachfolgend eine erheblich höhere Flächenversiegelung im Umfeld erzeugt (siehe auch Kapitel 7 Verkehr).

Durch die Sanierung und die ökologischere Gestaltung bestehender Siedlungsflächen in Karlsruhe lässt sich die Lebensqualität in der Stadt verbessern und damit mehr „Lust auf Stadt“ sowohl bei Besuchern als auch bei Bewohnern erzeugen. Die Begrünung von Gebäuden und Freiflächen sowie die Verkehrsberuhigung in zentralen Bereichen schaffen Raum für Mensch und Natur in der Stadt und sind ein Beitrag zur Verringerung der Stadtfucht mit ihren negativen Folgen.

In der Kernstadt ist die multifunktionale, sich nicht gegenseitig negativ beeinflussende Nutzung von nicht bebauten Flächen anzustreben. Beispiele können begrünte Hinterhöfe sein, die auch als Erholungsfläche oder Spielfläche für Kinder dienen.

In Verdichtungsräumen wie Karlsruhe müssen daher ökologische Planungsinstrumente konsequent eingesetzt werden:

- Erhaltung ökologisch wertvoller Freiflächen
- Festlegung maximaler Versiegelungsgrade in Bebauungsplänen
- Vorgaben zur Grünflächengestaltung und -pflege in Bebauungsplänen
- Vorgaben zur Abwasserbeseitigung
- Vorgaben für energiesparende Bauweisen.

Natur und Landschaft

Grundlage der Entwicklung von Natur und Landschaft auf der Gemarkung Karlsruhe ist die Sicherung und Entwicklung der vorhandenen und geplanten wertvollen Flächen wie u. a. Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, flächenhafte Naturdenkmale sowie geschützte Biotope. Unter den Natura 2000-Gebieten ist insbesondere der Alte Flugplatz zu nennen. Die *Karlsruher Liste* setzt sich für den Schutz des vollständigen Areals ein und will keine Bebauung von Teilen des Alten Flugplatzes.

Mit den sonstigen verbliebenen Freiflächen ist möglichst schonend im Sinne eines Ressourcenmanagements umzugehen: Beispiel MIRO-Geländes (Rheinaue) und Untere Hub (Kinzig-Murg-Rinne). Ideal wäre die Freihaltung beider Flächen. Doch dafür gab und gibt es leider keine politische Mehrheit im Karlsruher Gemeinderat! Nach intensiver Abwägung hat sich die KAL für das Paket Herausnahme des MIRO-Gelände und angrenzender Flächen als geplantes Gewerbegebiet aus dem Flächennutzungsplan mit 44 ha und Hereinnahme der Fläche Untere Hub mit 22 ha und damit für den Einstieg in einen nachhaltigeren Umgang mit der begrenzten Ressource Fläche entschieden: 22 Hektar mehr an echter Freifläche sind kein Pappenstiel. Gründe dafür waren u. a. die strategische Bedeutung der MIRO-Erweiterungsfläche als letzter freier Zugang zum Rhein zwischen dem Knielinger See und dem Altrhein Kleiner Bodensee sowie der derzeitige Zustand mit naturnahen Gehölzen und Brachen auf dem MIRO-Gelände im Vergleich zu überwiegend intensiver Ackernutzung im Bereich der Unteren Hub.

Auch in Zukunft ist das Ziel der *Karlsruher Liste*, wo immer möglich Freiflächen zu schonen und Neuansiedlungen durch Reaktivierung versiegelter Flächen zu ermöglichen.

Karlsruhe muss aus Gründen der Lebensqualität eine Stadt mit viel Grün bleiben. Auch in neu entstehenden Stadtteilen müssen neue Grünflächen entstehen (siehe auch Kapitel 4 Sport und Freizeit sowie Kapitel 6 Stadtplanung). Bestehende Lücken in stark versiegelten Bereichen (z.B. Hinterhöfe, verschiedene Plätze z.B. Bahnhofsvorplatz) sollten durch Maßnahmen zur Begrünung aufgewertet werden.

Abfall

Bei der Abfalltrennung und -verwertung hat Karlsruhe – nicht zuletzt auf Betreiben der KAL – mittlerweile einen guten Standard erreicht. Es gilt diesen umweltgerechten Standard zu erhalten und gegen rückwärtsgewandte Bestrebungen zu verteidigen. Wesentlicher Grundsatz der Abfallpolitik der *Karlsruher Liste* ist:

Abfallvermeidung ist ökonomisch und ökologisch der Königsweg und daher anzustreben.

Abfallrecycling ist der Abfallentsorgung vorzuziehen, selbst wenn dies in manchen Fällen etwas teurer ist.

Mit dem Abfall verantwortungsvoll umzugehen, bedeutet für jeden Einzelnen, seine Trägheit zu überwinden: Abfall trennen, Pfandflaschen zurückgeben, in Grüncontainern nur Grünabfälle einwerfen etc. Damit unsere Anstrengungen nicht nachlassen, müssen wir immer wieder zum umweltgerechten Verhalten anregen. Regelmäßige Information über und Werbung für das beschlossene Abfallwirtschaftskonzept und den umweltgerechten Umgang mit Hausmüll und Wertstoffen ist notwendig.

Überregionaler Abfalltourismus nach dem Motto „billig, weil geringer Entsorgungs- und Überwachungsstandard“ ist abzulehnen – weitere regionale Kooperationen sind wahrscheinlich unverzichtbar.

Die vorhandene Thermoselectanlage ist nicht das von uns befürwortete Müllbehandlungsverfahren. Die KAL hat immer ein kombiniertes Verfahren (weitere Mülltrennung und anschließende biologische Behandlung des Rest-Restmülls) vorgezogen. Eine noch nicht ausgereifte Technologie, gesetzliche Restriktionen bei der Deponierung organischer Reststoffe und die Mehrheiten im Gemeinderat haben dies nicht zugelassen. Dennoch haben wir angesichts der Schwierigkeiten beim Betrieb der Thermoselect-Anlage keine Schadenfreude: Denn die Alternative war aufgrund vertraglicher Bindungen von Stadt- und Landkreis an den Entsorger EnBW immer nur eine herkömmliche Müllverbrennung!

Die KAL plädiert für ein umweltfreundlicheres Verfahren und die Entwicklung eines nachhaltigen Abfallwirtschaftskonzepts in den kommenden Jahren. Allerdings kann es aktuell nicht Aufgabe der Stadt sein, den Abfallentsorger EnBW von seinen Pflichten zu entbinden, ohne dass eine funktionierende und preisgünstige Alternative vorliegt. Mittelfristig bis zur Fertigstellung des neuen Abfallwirtschaftskonzepts könnte diese Alternative die Verbrennung in der vergleichsweise schadstoffarmen Anlage in Mannheim sein.

Energie

Energiepolitik im engeren Sinn ist weniger ein kommunales Thema. Wohl aber praktische Maßnahmen zum Energiesparen in städtischen Gebäuden, zur Nutzung regenerativer Energien, zur noch effizienteren Nutzung von Energie (Abwärme aus Kraftwerken für Fernwärme!), zum Umstieg auf umweltfreundlichere Treibstoffe für städtische Fahrzeuge (Erdgas, Biodiesel) etc.

Dank aufgeschlossener Stadtwerke (siehe R-plus-Tarif) und dem rührigen Arbeitskreis Energie der Agenda 21 Karlsruhe passiert in KA schon einiges; Beispiele:

- Das Hochbauamt hat den Verbrauch von Strom- und Heizenergie aller städtischen Gebäude erfasst. Ausreißer werden identifiziert und nach und nach verbessert.
- Die Agenda 21 hat den Gebäudecheck in Gründerzeitvierteln angeregt

Der Wind allein wird uns nicht retten: Der Mix und das effiziente Umgehen mit Energie macht's. Und nicht jeder Standort für Windmühlen ist landschaftsverträglich. Das gilt aber auch für Hochspannungsleitungen und -masten.

Wichtiges Thema „Energie sparen“: Die KAL stellt regelmäßig Anträge für mehr Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden und zur Bereitstellung der Mittel dazu. Alle Jahre

wieder stellt die KAL zusammen mit anderen Fraktionen den Antrag, die städtischen Flotten (Busse, Lkw, zum Teil auch Pkw) auf Erdgas oder Biodiesel umzustellen (siehe auch Kapitel 7 Verkehr) – bisher wegen CDU und FDP ohne Mehrheit. Auch die Verwaltung und manche städtischen Gesellschaften wehren sich unverständlicherweise. Die KAL bleibt am Thema.

Was die KAL im Bereich Natur und Umwelt erreichen will:

- Erstellung einer Checkliste zur Überprüfung der Einhaltung ökologischer Planungsinstrumente in allen Bebauungsplänen
- keine Nordtangente, da diese eine neue Zerschneidungsachse eröffnen würde und zu mehr Verkehr führt, statt dessen eine lokale Südumgehung für den Stadtteil Hagsfeld
- Herausnahme der Bebauung auf dem Alten Flugplatz aus dem Flächennutzungsplan und Ausweisung der gesamten Fläche als Naturschutzgebiet
- Herausnahme der Vorrats-Industrieflächen bei Knielingen aus dem Flächennutzungsplan und Belassen im aktuellen Zustand bzw. Ausweisung als Grünzug.
- Ausweisung der Sandrasen im Hardtwald bei der Kirchfeldsiedlung, der Sandrasen im Unterfeld/Kirchfeld bei Neureut, der Brachfläche Grüner Weg West, der Kiesgruben und des Sandrasens südlich der Kirchfeldsiedlung, der Rennbuckel-Düne sowie des Gleisdreiecks Mühlburg als flächenhaftes Naturdenkmal (Umsetzung der Schutzgebietskonzeption Hardtplatten auf Gemarkung Karlsruhe)
- Ausweisung der Albnieferung in Karlsruhe (Vorschlag Schutzgebietskonzeption Hardtplatten) sowie des MIRO-Erweiterungsgeländes als geschützten Grünbestand nach §25 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg
- Überprüfen der übermäßigen Siedlungsplanung bei Neureut und Wettersbach mit dem Ziel größerer Freiflächen
- Umsetzung der Pflegepläne für die Naturschutzgebiete Burgau/Altrhein Maxau und Kleiner Bodensee in Zusammenarbeit mit der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Karlsruhe
- Entwicklung von Maßnahmen für einen verbesserten Schutz der Rüppurrer und Neureuter Wiesen sowie der Daxlander Rheinaue
- Ökologische Ausgestaltung des Hochwasserrückhalteraumes Bellenkopf-Rappenwört, d.h. Dammrückverlegung oder Fließpolder mit frühzeitig einsetzenden ökologischen Flutungen sowie einer weiteren Verbesserung der Umweltbildungsmöglichkeiten in diesem Raum
- Umsetzung der Maßnahmen des EU-LIFE-Antrages „Rheinauen bei Karlsruhe“ (vorbehaltlich der Bewilligung)
- Die Karlsruher Liste sieht die Notwendigkeit des Schutzes von Laubbaumarten gegen den Fraß des Maikäfers (vor allem der Engerlinge im Boden), hält aber den Einsatz von Insektiziden im Karlsruher Hardtwald gegen den Maikäfer auf lange Frist gesehen nicht für das richtige Mittel. Statt dessen: waldbauliche Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit des Walds zu stärken, Fördern der Fraßfeinde des Maikäfers und Sammeln weiterer Erfahrungen mit Krankheiten des Käfers, wie z.B. Pilzsporen (Beauveria).
- Die Begrünung von Flächen soll weiter verstärkt werden
- Die KAL wird die Auswirkungen der baden-württembergischen Verwaltungsreform auf den Natur- und Umweltschutz in Karlsruhe kritisch begleiten und will eine Senkung von Umweltstandards, soweit dies im kommunalpolitischen Einflussbereich liegt, verhindern.

Im Themenfeld Abfall will die *Karlsruher Liste* erreichen,

- dass das Amt für Abfallwirtschaft mit Information zu und Werbung für eine umweltgerechte Wertstoff- und Biomülltrennung nicht nachlässt,
- dass weitere Anreize für Restmüllverringerung gegeben werden, z.B. durch Einführung eines Wiegesystems bei der Müllsammlung, wie es im Landkreis Karlsruhe bereichsweise eingeführt ist
- dass die Stadtverwaltung in ihrer Abfallpolitik den Schwerpunkt noch stärker auf Abfallvermeidung legt, etwa durch gezielte und intensive Beratung des Gewerbes
- beim Gewerbemüll stärker darauf zu achten, dass die Gewerbebetriebe ihrer Andienungspflicht nachkommen und sich an das gesetzliche Vermischungsverbot halten
- dass die Restmüllentsorgung in Thermoselect durch eine Minimierung des Restmülls (stärkere Trennung) und eine umweltfreundliche Behandlung des Rest-Restmülls ersetzt wird.

Im Themenfeld Energie will die *Karlsruher Liste* erreichen:

- Verbesserung der Effizienz der Energienutzung:
Die KAL fordert seit Jahren: Fernwärme hat Vorrang – schon in der Bauleitplanung und bei der Grundstücksvergabe berücksichtigen (ein Käufer städtischer Grundstücke wird zur Abnahme von Fernwärme als Heizenergie verpflichtet).
Wenn Fernwärme zu teuer, dann an Nahwärmenetze und Blockheizkraftwerke denken; siehe von der KAL bei der Bebauungsplanung beantragte Nahwärmeversorgung des Neubaugebietes „50 Morgen“ in Hohenwettersbach mit Biogas aus der Bioabfall-Vergärungsanlage.
- Ausbau regenerativer Energieerzeugung:
 - a) Die KAL hat den Bau der Windräder auf dem Müllberg unterstützt und wünscht einen begrenzten Ausbau der Windenergienutzung in der Region (mehr als die Region derzeit zulassen will) in Abwägung mit Landschaftsschutzaspekten.
 - b) Die KAL wird weiterhin die Solarenergienutzung unterstützen (z.B. auf dem Dach des neuen VBK-Depots in der Gerwigstraße).

6 Stadtplanung

Vorteile großstädtischen Lebens stärken, Nachteile mindern, das ist das Ziel erfolgreicher Stadtplanungspolitik.

Die Globalisierung gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft und die kulturelle Substanz. Der Stadtplanung kommt bei dieser Herausforderung eine Schlüsselrolle zu. Sie ist heute nicht nur Steuerung, sondern Konfliktmoderation. Vielleicht ist dies auch die Beschreibung, was Politik in den heutigen Zeiten leisten muss – Stadtplanung ist ein zentraler Bestandteil der Kommunalpolitik.

Die Städte sind mit ihrer Modernisierungsbereitschaft und ihrer demokratischen Kultur gefordert: Integration z.B. findet in erster Linie im Stadtteil statt! Die Bürger stehen dabei eindeutig im Mittelpunkt politischen Handelns. Deshalb soll auch die „Entwicklung von Städten geprägt sein von den vielfältigen sozialen Gruppen und Schlüsselpersonen des städtischen Lebens“ („Neue Charta von Athen“, 1998). Die Stadtplaner sind dabei die kompetenten Moderatoren und Koordinatoren, die Entwicklungen ermöglichen und steuernd begleiten. Dabei sind transparente Verfahren vor Ort elementare Voraussetzung für Bürgerbeteiligung. Will Stadtplanung erfolgreich sein, muss sie die Möglichkeiten zur Teilnahme am Dialog ausschöpfen.

Stadtplanung der Zukunft ist nachhaltige Stadtplanung, die sich mit folgenden Themen beschäftigen muss:

- Stadterneuerung, Sanierung
- Programm Soziale Stadt für Solidarität und Innovation
- effizientes Flächen- und Planungsmanagement und aktive Baulandpolitik
- Stadtentwicklung und Mobilität
- Funktionen der Innenstädte – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen – erhalten.

Ziele einer Stadtpolitik mit Perspektive müssen daher sein:

- stärkere Mischung von Arbeit und Wohnen
- eine Stadt der kurzen Wege
- Versorgung im Nahbereich
- attraktiver, lebendiger, vielfältiger innerstädtischer Handel
- klare Zielvorgaben der Gemeinden im Sinne von Einzelhandelskonzeptionen
- das Erscheinungsbild der Innenstädte (der öffentliche Raum) muss das Angebot des Handels unterstützen
- Innenstadtverträgliche Verkehrskonzepte
- Ausgleich in der Region.

Grund und Boden als nicht vermehrbare Gut ist verstärkt zu schützen (siehe auch Kapitel 5 Natur und Umwelt). Der Zersiedelung und der Abwanderung ins Umland muss die Stadt entgegenwirken. Das Karlsruhe der Zukunft soll attraktiv und lebenswert sein. Attraktiv für Wohnen und Arbeiten. Denn die anhaltende Flucht ins Umland zerstört, was man eigentlich sucht: – die Nähe zur freien Landschaft.

Andere Lösungsansätze wie

- Förderung vielfältiger Wohngemeinschaften
- qualitätsvolle Stadtwohnungen mit besonderem Angebot an Singles
- neue Eigentumswohnformen

solche Ansätze werden in Karlsruhe noch zu wenig berücksichtigt.

Ist die Innenstadt nur noch eine unternehmerisch konzipierte City?

Karlsruhe, die Innenstadt mit dem einzigartigen Stadtgrundriss, dem Fächergrundriss, dessen Strahlenstraßen vom geographischen Mittelpunkt, dem Schloss, in alle Himmelsrichtungen ausgerichtet sind. Nördlich wird in den Hardtwald ausgestrahlt, südlich in die City. Das Karlsruher Barockschloss ist zentrales Element zwischen der Innenstadt und der City sowie dem Schlosspark und dem Hardtwald. Das ist eine hervorragende Ausgangslage.

Die Diskussionen in der letzten Zeit zur Innenstadt Karlsruhes haben sich auf folgende drei Punkte reduziert:

- das ECE-Center,
- die U-Strab und
- die Plätze.

Die Karlsruher Liste sieht die City nicht nur auf ihre Einkaufsfunktion beschränkt. Hier wird auch gewohnt, gearbeitet. Wir haben uns daher Gedanken um ein eigenes Innenstadt- und Plätzekonzept gemacht, gerade weil sich nach dem Bürgerentscheid City 2015 eine neue Lage ergibt. Der öffentliche Raum muss als Bühne demokratischen, bürgerschaftlichen Handelns gestärkt werden, v. a. im Bereich um das ECE, damit im öffentlichen Raum die Akteure nicht verloren gehen.

INNENSTADTKONZEPT

Hinsichtlich der Fragen zu Parken, Parkhäuser sowie sonstigen Verkehrsbelangen sei auf das folgende Kapitel 7 Verkehr hingewiesen.

Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum in Karlsruhe ist geprägt durch den barocken Stadtgrundriss. Er muss gestalterisch besser hervorgehoben werden (Projekt für die Kulturhauptstadt). Das könnte heißen: freier Blick von allen Strahlenstraßen zum Schloss; den Schlossplatz als zusammenhängenden Platz wieder erfahrbar machen.

Zur Stärkung des öffentlichen Raumes treten wir dafür ein, dass die Plätze und die Fächerstraßen in Karlsruhe aufgewertet werden.

Aufgrund der eröffneten Postgalerie, des Mendelssohnplatzzentrums und des ECE-Centers werden zwangsläufig neue Verbindungsachsen d.h. stärker frequentierte Straßen (z.B. Erbprinzenstraße) entstehen. Deshalb sollten sukzessive Maßnahmen ergriffen werden, um diese Defizite bis 2015 abzubauen, unabhängig von der Frage U-Strab ja oder nein.

Maßnahmenkonzept zur Stärkung des öffentlichen Raumes

Stärkung des öffentlichen Raumes zwischen Postgalerie, ECE-Center, Kongreßzentrum bzw. Festplatz und Mendelssohnplatzzentrum durch Ausweisung als Fußgängerzone (siehe auch Kapitel 7 Verkehr) und Gestaltungsmaßnahmen auf der Achse Erbprinzenstraße – Friedrichsplatz (Verbindung Postgalerie – ECE-Center), Amalienstraße – Nymphengarten (Verbindung Postgalerie – ECE-Center) mit Öffnung des Durchganges Amalienstraße – Nymphengarten, Markgrafenstraße – Lidellplatz – Steinstraße (Verbindung ECE-Center – Mendelssohnplatzzentrum) und Verbesserung der Achse Kongreßzentrum – Ettliger Tor/ECE-Center z.B. durch stadtplanerische Gestaltung entlang des Durchgangs vor dem Landratsamt Karlsruhe (ehem. Badenwerk-Hochhaus)

Umgestaltung der Kriegsstraße als wichtiges südliches Verbindungselement der Fächerstraßen, Verbindung der beiden Tunnelstücke Karlstor und Ettliger Tor und stadtplanerische Gestaltung der Kriegsstraße zwischen Karlstor und Ettliger Tor inkl. einer neuen Straßenbahnlinie, stadtplanerische Gestaltung zwischen Ettliger Tor und Mendelssohnplatz.

Weiterentwicklung der Fächerstraßen

Umgestaltung der Straßendecke, evtl. Fassadenbegrünung etc. auf bisher nicht als Fußgängerzonen ausgewiesenen Fächerstraßen: nördliche Waldstraße, nördliche und südliche Herrenstraße, Ritterstraße, nördliche Kreuzstraße, Adlerstraße, nördliche Kronenstraße

Entwicklung des Zirkels

Begrünung und Lichtraumgestaltung, künstlerische Gestaltung etc. des Zirkels als wichtiges nördliches Verbindungselement der Fächerstraßen

PLÄTZE

Gottesauer Platz und Werderplatz sind zwar nicht im „offiziellen Plätzekonzept“ der Verwaltung, da nicht in der direkten Innenstadt gelegen, sollten aber vordringlich aufgewertet werden. Das hervorragende Bürgerengagement der verdichteten Stadtteile Ost- und Weststadt muss gewürdigt und weiter gefördert werden. Dies ist in beiden Fällen mit geringem finanziellem Aufwand möglich. Die Bürger haben ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt, die Realisierung muss nun endlich angepackt werden.

Lidellplatz

Auch wenn die Verwaltung hier keinen Handlungsbedarf sieht, wir können uns hier einiges vorstellen, was über die Aufenthaltsfunktion allein hinausgeht. Der Lidellplatz ist Teil des Verbindungsweges Mendelssohnplatz mit dem Stadtteilzentrum zum ECE und somit eine der zu erwartenden neuen Fußgängerachsen nach dem Ausweiten der City nach Süden. Um die Nutzung an den Platzseiten zu stärken, wären am Lidellplatz ein „inhaltliches“ Geschäftskonzept, wie ein „Karlsruher Quartier Latin“ mit mehr Antiquitäten, Flohmarkt, Kunst und Kunstgewerbe eine Ergänzung. Die Möglichkeit einer schönen Außenbewirtung ist mit den am Platz befindlichen Gaststätten (kleiner Ketterer, Cafe Palaver) gegeben.

Dabei sollte es aber nicht bleiben. Der Lidellplatz ist auch in Verbindung mit dem Platz hinter der Kleinen Kirche einer der Kristallisationspunkte der „**Weinbrennerstadt**“. Dieses Erbe zu pflegen, könnte ein Meilenstein in der Aufwertung des Gesamtquartiers sein. Deshalb hat die Karlsruher Liste auch schon 2003 einen Antrag im Gemeinderat gestellt. Das ECE wird – vor allem durch die Haltestellen am Marktplatz und am Ettlinger Tor – Wirkung in den angrenzenden östlichen Bereich haben, beginnend mit der Karl-Friedrich-Straße, dann Hebel-, Zähringer-, Markgrafenstraße. Dies bedeutet, dass die Chance besteht, Funktionen aus den Erdgeschossbereichen zu verlagern, zumal man es hier mit nur sehr wenigen Eigentümern – und dabei noch vielen Behörden zu tun hat, mit denen man sich an eine Konzeption „Weinbrennerstadt“ machen kann.

Ettlinger Tor

Das Ettlinger Tor ist eine Schlüsselstelle.

Sonst hätte man ja keinen Via-triumphalis-Wettbewerb veranstalten müssen. Und der hatte nun mal zum Ergebnis, die Ränder dieser Kreuzung zu fassen, um das Ettlinger Tor zum Platz zu machen. Die Stadtloggien (hohe Säulendurchgänge auf der Südost- wie Südwestecke) waren die Antwort auf die Herausforderung „Transparenz zum Theater“, „Schließen der Ränder“, „architektonisches Zeichen setzen“ u .a. Sie sind nur leider kaum zu vermarkten. Der Plan für die „Stadtloggien“ scheint gescheitert, kein Investor in Sicht.

Die Begehrlichkeit, der das Ettlinger Tor ausgesetzt ist, haben wir in der Diskussion um die L-Bank gesehen. Ein riesiges Bauvolumen an dieser Stelle konnte mit Stimmen der Karlsruher Liste gerade noch verhindert werden. Die in jener Planung vorgesehene massive Bebauung der Südostecke war und ist nicht akzeptabel. Das Hochhaus an der Kriegsstraße vor dem Theater war dagegen schon Ergebnis des Via-triumphalis-Wettbewerbs. Als Pendant zum Landratsamt und als Antwort auf den Raumbedarf eines möglichen Investors, der sich direkt am Ettlinger Tor nicht verwirklichen lässt, sollte ein solches Hochhaus auch in Zukunft eine Rolle in den Planungen spielen.

Eine Umgestaltung des jetzigen Theaterplatzes zu einer mehrfach nutzbaren Fläche für das Theater wäre zu begrüßen. In diesem Zusammenhang wird die KAL darauf achten, dass nicht noch mehr Grünflächen und „Blumengestaltung“ in diesem Bereich verloren gehen. Als weiteren Grünraum für die Bewohner der westlichen Südstadt könnte sich die Karlsruher Liste das nord-westliche Seeufer des Stadtgartens vorstellen. Durch eine Verlagerung der Kassenanlage kann dieser Teil aus dem kostenpflichtigen Stadtgarten herausgelöst werden. Diese Idee haben wir in unserem Antrag Festplatz/Theaterplatz in den Gemeinderat gegeben.

Europaplatz

Am Europaplatz kommt es seit Eröffnung der Postgalerie durch die bestehende Enge zu Nutzungskonflikten zwischen Umsteigepunkt und Sonderverkaufsfläche der Galerie. In Verhandlungen mit dem privaten Besitzer des Platzes sollte ein Gesamtkonzept mit dem Stephanplatz als Aktionsfläche für die Citypartner entstehen, einschließlich einer Lösung für die Markttage. Eine einheitliche, gut gestaltete Kioskkultur täte letztlich beiden Seiten der Postgalerie gut.

Marktplatz

Steht auf dem Stephanplatz eine Aktionsfläche für die Citypartner zur Verfügung, könnte der Marktplatz wieder Marktplatz werden! Der Fischmarkt muss weg – Motto „weniger Trubel, dafür mehr Lebensart“. Wenn die Straßenbahn-Haltestelle nach Untertunnelung der Straßenbahn nicht mehr existieren sollte, könnte der Platz ein ganz besonderes Flair bekommen.

Friedrichsplatz

Erbprinzenstraße und Friedrichsplatz profitieren zuerst von der Südentwicklung.

Schon heute hat sich die (Einkaufs-)City de facto nach Süden entwickelt; kleinere Läden besetzen jede mögliche Erdgeschosslage entlang der Fächerstraßen und an der Erbprinzenstraße. Hintergrund: Die teuren 1a-Lagen an der Kaiserstraße kann sich kaum ein Fachgeschäft leisten, dort herrschen Kettenfilialen vor. Doch wo kein Verkaufsraum ist, weil Banken, Verbände oder Verwaltungen das Erdgeschoss besetzen, passiert halt vorerst nix.

Der Friedrichsplatz ist sehr belebt und beliebt, er ist eine grüne Oase inmitten der Stadt. Seine Aufenthaltsqualität kann durch Café-Nutzung unter den Arkaden und durch eine reine Fahrradstraße in der Erbprinzenstraße deutlich gestärkt werden. Deshalb muss die Stadt auch hier intensiv mit den Anliegern, insbesondere der nördlichen Platzseite verhandeln.

Der Brunnen bildet den Mittelpunkt. Er sollte sich im Winter wieder wie früher entweder mit einer Eisskulptur oder einer bewussten Vereisung zeigen können, um auch in dieser Jahreszeit attraktiv zu sein. Auch diese Ideen werden in einen Antrag der Karlsruher Liste fließen.

HÖFE

Douglashof

Die Neugestaltung des Douglashofes ist dringend erforderlich. Er ist einer der ungepflegtesten Höfe. Die Stadt sollte gemeinsam mit der Sparkasse als größtem Anrainer ein Konzept erarbeiten.

Passagehof

Durch die Sperrung des Durchgangsverkehrs könnten sich hier die gastronomischen Nutzungen voll entfalten. Die Anfänge sind gemacht. Jetzt muss in Kooperation mit den Geschäften und der Gastronomie im Passagehof gehandelt werden.

Hirschhof

Hier gibt es erste Ansätze um zu einer besseren Gestaltung zu kommen.

GROSSPROJEKTE

Neben der U-Strab gibt es weitere realisierte, geplante oder gescheiterte Leuchtturmprojekte, die die öffentliche Diskussion maßgeblich bestimmten:

- Neue Messe
- Via triumphalis
- Freizeitbad
- Bundesgartenschau 2015

Das immer teurer gewordene Unternehmen „Neue Messe“ hat einen pompösen Start hingelegt. Es bleibt die Frage nach der Kosten-Nutzen-Rechnung dieses Einzelprojektes. Der Neuen Messe muss man nun viel Erfolg wünschen – sonst wird die Messe zum „Sozialfall“ für den städtischen Geldbeutel.

Mit der Verlagerung der Messe nach Forchheim ist der Festplatz frei von Zeltnutzungen geworden. Er kann wieder zunehmend Treffpunkt der Menschen werden. Der gesamte Festplatz und das Kongresszentrum müssen neu bewertet werden:

- Auslastung der Hallen – neue Funktionen oder Teilabriss?
- Gestaltung des Platzes entsprechend dem Wettbewerbsergebnis – ja oder nein?

Die attraktive Platzneugestaltung und die (immer noch fehlende) Konzeption für die verbliebenen Hallen müssen Hand in Hand gehen. Dies werden wir weiterhin einfordern.

Am Kongresshotel scheiden sich nach wie vor die Geister: mehr Ablehnung als Begeisterung. Die Karlsruher Liste hatte sich für einen anderen Standort an der jetzigen Stelle der Nancyhalle ausgesprochen. Aus der jetzigen Situation muss man das Beste machen.

Die Bundesgartenschau 2015 (BuGa 2015) ist mit den Stimmen von CDU und FDP „aus finanziellen Gründen“ abgelehnt worden – entgegen dem breiten Bürgerwillen und obwohl das Geld erst in einigen Jahren und über einen längeren Zeitraum verteilt benötigt wird. Die Karlsruher Liste wird sich für mehrere Leitprojekte aus der BuGa-Planung einsetzen; beispielsweise im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010.

Vor allem aber muss die Begeisterung und die Unterstützung der Karlsruherinnen und Karlsruher für ihre BuGa gewürdigt werden. Das im Projekt „Bürgergartenschau“ versammelte ehrenamtliche und kreative Potenzial darf nicht verloren gehen. Unser Vorschlag zur konkreten Umsetzung: eine moderierte Bürgerbeteiligung mit Budget zur schrittweisen Umsetzung der Ergebnisse, die sich im Rahmen der BuGa-Planung ergeben werden. Mit Budget – sonst planen die Bürger(innen) wieder wie bei City 2015 ihre Stadt, um nachher Jahre auf erste Ergebnisse zu warten! So ein Vorgehen macht keine Lust auf Stadt.

STÄDTISCHES WOHNEN

Karlsruhe muss ein attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten bleiben.

Neue Wohnformen zu fördern, wie den alternativen Geschosswohnungsbau mit vielen „Einfamilienhäusern“ unter einem Dach, muss eine politische Leitidee in Karlsruhe werden. Ohne Leitideen kein Einfluss auf das Baugeschehen der Investoren – auch und gerade in der neuen östlichen Südstadt.

Stadterweiterung Karlsruhe-Südost

Nach unseren Grundsätzen, freiwerdende Flächen zu bebauen, bevor weitere Flächen neu ausgewiesen werden, ist unsere uneingeschränkte Zustimmung zum Rahmenplan Karlsruhe Südost eine logische Folge. Der Antrag der Karlsruher Liste zu einem Modellbauvorhaben „östliche Südstadt“ wurde zwar wohlwollend aufgenommen, aber nicht umgesetzt. Wir werden weiter in diese Richtung arbeiten. Hier muss die Stadt die Chance wahren, mit einer richtungsweisenden Stadterweiterung der Stadtflucht mit alternativen modernen Wohnmodellen Einhalt zu gebieten: Wohnen am Stadtpark, also im Grünen, mitten in der Stadt!

Das Bürgerzentrum Südwerk ist ein neuer Anlaufpunkt für Vereine und Bürger der Südstadt geworden. Die Fertigstellung gleich zu Beginn der Gebietsentwicklung – ein positives Signal, gerade auch in die „alte“ Südstadt. Die Umwandlung der ehemaligen Bahnkantine zum Bürgerzentrum war ein Antrag der Karlsruher Liste, dem die Mehrheit im Gemeinderat gefolgt ist.

Lohfeldsiedlung

Ein Modellprojekt „Partizipatorisches Bauen im sozialen Wohnungsbau“ hat die Stadt zusammen mit den Bewohnern nach unseren Vorstellungen zwar nicht erarbeitet. Aber auf unseren Antrag hin wurde eine gute Kompromisslösung gefunden. Statt Totalabriss nach unterlassener Sanierung und statt Bebauung des gesamten Bereiches mit 5-stöckigem Wohnungsbau werden nun Teile der Siedlung erhalten, und die Bewohner haben für die verbleibenden Reihenhäuser ein Kaufangebot erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das weitere Vorgehen der Volkswohnung vom Gemeinderat bestimmt wird.

WEITERE SCHWERPUNKTE

Kulturinsel Ostau

Ein wichtiger Punkt in unserem Wahlprogramm 1999. Das Vorhaben wird nun in die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas aufgenommen (siehe Kapitel 3 Kultur).

Konversionsflächen

Die Konversionsgelände in der **Nordstadt**, in **Knielingen** und in **Neureut** sind positive Beispiele der Stadterweiterung auf ehemals militärisch genutzten Flächen. Hier sind die Alternativen schon eher zu spüren, da die Verwertung nicht in Hand eines nichtstädtischen Investors liegt. Leider liegt das Hauptaugenmerk hier auf dem Einfamilienhausbau. Der Geschoßwohnungsbau, und somit das verdichtete, flächensparende Bauen bleibt das Stiefkind.

Wir werden weiterhin das bürgerschaftliche Engagement in der Nordstadt unterstützen, das aus diesem neuen Stadtteil ein Quartier mit Eigenleben schafft: Unterstützung sowohl der Bewohnergruppen, als auch der Initiative der MiKa.

Das Gelände des Alten Flugplatzes muss als Klimaschneise von Wohnbebauung freigehalten werden. Die Entwicklung der Wohn- und Gewerbeflächen entlang der Erzbergerstraße auf den versiegelten Bereichen tragen wir mit.

Die Nordstadt trägt mit den Konflikten um die Nordstadtbahn und die Freizeitnutzung des Alten Flugplatzes weiter zur innerstädtischen Diskussion bei. Die Notwendigkeit der Anbindung eines so großen Stadtteiles an das Straßenbahnnetz lässt sich nicht ernsthaft bezweifeln. Die Trasse auf der Westseite des Grünstreifens in der Erzberger Straße stellt einen vernünftigen Kompromiss mit dem Baumbestand dar. Langfristig wird über diese Trasse auch das Gewerbegebiet nördlich der Heide, eventuell sogar die Kirchfeldsiedlung an das Tram-Netz angebunden.

Beiertheimer Feld

Die Planungen, das Beiertheimer Feld zu bebauen, sollten endlich in der Schublade verschwinden, da nach östlicher Südstadt und Nordstadt, den Konversionsgebieten Knielingen und Neureut mittelfristig kein weiterer Bedarf besteht.

Weststadtsanierung

Das Moderationsverfahren in der Weststadt hat die demokratischen Grenzen deutlich gemacht: Der Konflikt zwischen Kindern, Bäumen und Autos wurde nicht gelöst. Ein Hauptziel der Sanierung, die parkenden Pkw von der Straße zu bekommen, wurde nicht erreicht. Dies hätte nur mit Tiefgarage funktioniert (oder mit neuen Formen der Parkraumbewirtschaftung). Dafür fehlt in der Stadt der Mut. Jetzt begnügt man sich mit dem Spielplatz an der Mondstraße, altengerechtem Wohnen auf dem ehemaligen Bauhofgelände und der Pflanzung von vier (4) Bäumen.

Den Konflikt mit dem ruhenden Verkehr werden Politik und Verwaltung lösen müssen, um die Innenstadt attraktiv zu machen. Der Preis für Anwohner in einer Tiefgarage scheint der Knackpunkt zu sein – also muss der Preis erst mal runter.

Programm Soziale Stadt in der Oststadt und in der westlichen Innenstadt

Die Oststadt ist in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Hier agieren neben vielen Oststadtbürgern auch die Oststadtmitglieder der KAL. Erfolge: zum Beispiel Lohfeldsiedlung. Nachgehakt werden muss wegen des Umgangs der Volkswohnung mit den Kaufinteressenten und vor allem wegen des Gottesauer Platzes: Der finanzielle Aufwand für eine attraktive Umgestaltung, die Lust auf Stadt macht, ist nicht sehr hoch. Das muss sich die Stadt leisten können.

Knielingen West I – IV und MIRO-Erweiterungsgelände

Die Karlsruher Liste ist strikt gegen eine Verwirklichung der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen Knielingen West I – IV.

In Abwägung aller Gesichtspunkte zwischen Belangen der „Untere Hub“ und den geplanten Industriegebieten bei Knielingen hat sich die KAL für ein Paket entschieden: Herausnahme des MIRO-Geländes und weiterer Flächen als geplantes Gewerbegebiet aus dem Flächennutzungsplan – Hereinnahme der Fläche Untere Hub (siehe auch Kapitel 5 Natur und Umwelt).

Durlach

Auch nach abgeschlossener Sanierung der Altstadt geschieht viel. Auch wenn es kritische Stimmen gibt: Hier ist sehr viel in Bewegung (web.de, Raumfabrik, BMD-Areal, also eine Wiedernutzung der ehemaligen Industriebrachen und Bahngelände).

Die Sanierung wertet die KAL als großen Erfolg. Wenn sich jetzt noch die Geschäftsleute in Durlach besinnen, dass nicht nur der Parkplatz vor dem Laden (den sowieso immer nur einer besetzen kann), sondern vor allem eine fußgängerfreundliche Altstadt zum Bummeln und Einkaufen einladen, dann steht einem Erfolg des B-Zentrums Durlach stadtplanerisch nichts mehr im Wege. Nicht zu vergessen: Ab 2004 werden Wolfartsweier und Aue direkt per Tram an „Durlach-City“ angebunden – ein Projekt mit politischer Unterstützung der KAL.

Der ungezügelter Investorentätigkeit im ehemaligen Badenwerk-Areal (Alte Residenz) stimmt die KAL nicht zu. Wir werden alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um eine verträgliche Lösung durchzusetzen.

Bergdörfer

Stärkung der dörflichen Strukturen ist notwendig. Dass die „Bergdörfer“ längst keine reinen Dörfer mehr sind, belegen die Steigerungen der Einwohnerzahlen in den letzten 20 Jahren. Diese Entwicklung kann durch Angebote in der Kernstadt (östliche Südstadt!) nur verlangsamt werden. Stärkung heißt für uns in diesem Fall: Erhalt der zentralen Ortsmitte mit ihren Funktionen (Einkaufen, Verwaltung etc.). Das heißt auch, eine Mindesteinwohnerzahl zu erreichen, um diese Funktionen zu garantieren. Der dafür notwendige Neubau von Wohngebieten muss den Charakter der Ortsteile im besten Falle stärken, zumindest darf er sie nicht zerstören.

7 Verkehr

„Lust auf Stadt“ heißt auch Lust, sich in dieser Stadt zu bewegen. Mobilität ist ein notwendiges Gut: für den Transport von Gütern, aufgrund der Wege zur Arbeit, zur Ausbildung, zum Einkauf, zur Kinderbetreuung oder zu Freunden. Mobilität heißt aber noch lange nicht viel Verkehr.

Erstes Ziel der Verkehrspolitik aus Sicht der KAL lautet: Die Stadt so zu planen und zu organisieren, dass die Wege möglichst kurz sind – also möglichst wenig Verkehr.

Zudem: Verkehr kostet Zeit. Verkehr kostet Geld (unter anderem Milliarden an Steuergeldern). Verkehr – auch ruhender – kostet (Lebens-)Raum. Kraft-Verkehr erzeugt Schadstoffe und Lärm – schlecht für Gesundheit und Lebensqualität.

In vielen Ballungsräumen ist das Maß an verträglichem Verkehr schon lang überschritten. Das Auseinanderdriften von Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Freizeit, Einkauf ließ insbesondere den MIV und den ÖPNV enorm anwachsen.

Auf Karlsruher Straßen herrscht ein meist erträglicher Zustand. Dazu hat die KAL beigetragen: Der starke Ausbau und die hervorragende Gestaltung des ÖPNV haben den Drang zum eigenen Auto verringert; die KAL unterstützt fortlaufend Schritte in Richtung einer fußgänger- und radfahrerfreundlichen Stadt. Nebenprodukt des hohen Anteils von ÖPNV, Fahrrad und Fußgängern, dem so genannten Umweltverbund: In Karlsruhe kommt man im Städtevergleich auch mit dem Pkw gut voran.

Zwei Verkehrswirkungen belasten aber auch die Karlsruherinnen und Karlsruher stark, wie die Bürgerumfragen zeigen: der Lärm (Südtangente! Reinhold-Frank-Straße!) und der „ruhende Verkehr“, sprich die zugeparkten Straßen, die als Lebensraum gerade für Kinder und Jugendliche verloren gehen.

Beim Fernverkehr unterstützt die KAL alle Maßnahmen, die Karlsruhe noch besser an die Eisenbahn und die Schifffahrt anbinden: Beispiele sind die geplante „Magistrale für Europa“ (Paris – Karlsruhe – München – Budapest) oder der Ausbau bzw. die Umstrukturierung des Rheinhafens. Weitere zusätzliche Fernstraßen quer durch die Gemarkung der Stadt lehnen wir ab; den Bau kleiner Ortsumgehungen, um insbesondere Vororte vom Durchgangsverkehr zu entlasten, hat die KAL unterstützt (Wolfartsweier, Grötzingen) bzw. fordert sie weiterhin (Neureut, Hagsfeld).

Den Baden-Airport lehnt die *Karlsruher Liste* ab. Erstens weil es in der erweiterten Region genügend Flughäfen gibt und zweitens, weil dies keine kommunale Aufgabe ist. Das finanzielle Risiko ist unüberschaubar!

Offene Frage, für die noch niemand eine befriedigende Lösung hat: Wie lässt sich der immer noch steigende Freizeitverkehr reduzieren? Hier sind alle persönlich gefordert.

Ein denkbare Szenario: In der Gesellschaft des 3. Jahrtausends könnte der reale Verkehr gegenüber dem virtuellen zurücktreten (z. Videokonferenzen statt Besprechungen, Heimarbeit mit Intranetverbindung zum Unternehmen etc.). Ein solcher Vorgang muss nach Ansicht der KAL ohne Verlust an Freiheit, bei Wahrung sozialer Standards ablaufen, bei „demokratischem“ Zugang aller zu dieser Ideen statt Menschen-Mobilität.

Was die KAL im Verkehrsbereich will und fordert

Umweltschädlichen Verkehr minimieren! Mobilität erhalten, Entfernungen verringern!

Stadtplanung und Sozialpolitik spielen hier eine entscheidende Rolle. Beispiele für Handlungsmöglichkeiten: Angebote schaffen für Nähe von Wohnen und Arbeit (vgl. Agenda 21 – Arbeitskreise „Wohnen“ und „Arbeit“) – Umwandlung bestehender Siedlungsflächen vor Gewerbe auf der grünen Wiese; Einkauf des Tagesbedarfs in fußläufiger Entfernung – keine weiteren Märkte nur für Autofahrer; Schulen und Kindergärten in möglichst jedem Stadtteil, Freizeitmöglichkeiten in der Nähe der Wohnung (Spielplätze in der Stadt, Naherholung im Hardtwald ...).

Verkehr/Verkehrsmittel mit Priorität! „Modal Split“ in Richtung Umweltverbund verändern! Der ÖPNV braucht auf seinem Weg Vorrang vor MIV!

Der Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, Bus und Bahn) muss gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) weiter gestärkt werden und im Konfliktfall Vorrang genießen. Auch hier greift Stadtplanung in die Verkehrspolitik ein; Neubaugebiete etwa müssen möglichst zeitgleich mit dem Pkw auch mit Bus und Bahn erreichbar sein.

Dazu kommt ein psychologisches Problem: Im eigenen Auto gelten andere (Zeit-)Maßstäbe als in Bahn und Bus. Bahn und Bus müssen also pünktlich sein, müssen beim Komfort mindestens mithalten, dürfen nicht durch Zugangshürden (siehe unten) abschrecken.

Verkehr professionell organisieren: Verkehrssystemmanagement!

Dazu gehören: Verkehrslenkung für ruhenden und fließenden Verkehr (z. B. durch Parkleitsystem), Übergangsmöglichkeiten zwischen Verkehrsmitteln schaffen (z. B. Park & Ride-Plätze). Maßnahmen für den Umweltverbund müssen von MIV-steuernden Maßnahmen begleitet sein. Aber keine Behinderung als Selbstzweck: Im Leerlauf tuckernde Kfz sind die größeren Schadstoffemittenten.

Prinzip: Je näher am Stadtkern (Kaiserstraße), umso unattraktiver soll der MIV sein! Dies hat auch rein praktische Gründe: Durch einen hohen Anteil des Pkw am Verkehr in den Innenstädten blockiert sich dieser selbst, andere Verkehrsarten sowie die Anlieferer und Dienstleister.

Minderung des Verkehrslärms! Mehr Verkehrssicherheit!

Tempo 30 auf Straßen, die ihre Durchgangsfunktion verloren haben (Beispiele: Karlsstraße südlich Karlstor, Neureuter Hauptstraße); Fahrbahnverschmälerungen, Parkierungsflächen in Wohngebieten auf der Fahrbahn; längere Grünphasen für Fußgänger; mehr Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche („Spielstraßen“); Einführung so genannter Fahrradstraßen.

Aber auch: konsequentes Ahnden von gefährdendem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer.

Was wir erreicht haben

- Einfluss der Stadtplanung wurde zum Thema: Wohnen, Arbeiten, Leben und Freizeit im direkten Wohnumfeld ist fest verwurzelt in allen Planungsebenen.
- City-Route für Fahrradfahrer, markierte Radstreifen auf der Fahrbahn für den schnelleren Radverkehr, kleine Ausweitungen der Fußgängerzone
- Intelligente Lichtsignaltechnik in der Durlacher Allee als Einstieg: Minimierung von Wartezeiten (auch für Fußgänger und Radfahrer!) und verringerter Schadstoffausstoß bei Erhalt des Vorrangs des ÖPNV.
- Modernes Verkehrsleitsystem beginnend an den Stadteingängen mit genauen Informationen (passt zur Technologieregion!) zur Lenkung des fließenden wie ruhenden MIV.
- Radler-Forum, um die Akzeptanz dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels in den Köpfen der Planer und Kommunalpolitiker stärker zu verankern: Ziel aus KAL-Sicht: zum Forum „Umweltverbund“ erweitern.
- Beteiligung der Bürger bis hin zum Bürgerentscheid bei großen Verkehrsmaßnahmen (Beispiel City 2015)
- Anreize zur Nutzung des ÖPNV: Fahrradmitnahme (eine Forderung der KAL, anfangs gegen den Willen der VBK), KSC-Ticket inklusive ÖPNV, Theater-Ticket inklusive ÖPNV, Job-Tickets etc.
- Nordtangente weiter verhindert! Mit Ostring und Kriegsstraße-Ost ist der Einstieg in einen Ersatz für die Nordtangente geschafft (vgl. Leutzbach-Gutachten zur Nordtangente; siehe auch Kapitel 5 Natur und Umwelt)

- Umbau/Rückbau Ebertstraße
- Umbau/Rückbau Durlacher Allee
- Entlastung Kapellenstraße
- Rückbau (Untertunnelung) der Kriegsstraße im Mittelabschnitt wurde im Paket Kombilösung beschlossen
- Einstieg in den Umbau des Zirkels

Was die KAL im Bereich Verkehr erreichen will:

Mobilitätszentrale erhalten und verbessern: Die Beratung zu Themen außerhalb des ÖPNV gilt es zu verbessern; unter Beteiligung des KVV, der Taxi-Zentrale, CarSharing, ADFC, VCD, evtl. sogar ADAC, Deutsche Bahn, Einzelhandel, Reisebüros, KMK – Tourismus, Fahrradverleiher, Wander- und Touristikvereine, Kultureinrichtungen, Fremdenverkehrsarten in der Umgebung etc.

Zudem sollte die „Mobilitätszentrale im Internet“ für Menschen, die wegen Erfahrungen keine persönliche Beratung benötigen, und für Beratung außerhalb der Dienstzeiten verstärkt werden.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit für den Umweltverbund! Mobilitätsberater in die Schule und die Kindergärten, denn im Kindesalter wird die Verkehrsmittelwahl geprägt (Aufgabe im Rahmen der Agenda 21 Karlsruhe).

Situationen abbauen, die zu nicht gesetzeskonformen Verkehrsverhalten führen (Bsp. zu schmale Wege für Radler und Fußgänger; Ampelschaltungen mit 5-Minuten-Rot).

Denken im Kopf des Fußgängers: Planung einer fußgängerfreundlichen und -interessanten Stadt.

Kontinuierliches Ausweiten der Fußgängerzone und der verkehrsberuhigten Zonen, auch um den Parksuchverkehr zu vermindern und die Zufahrt zu Parkhäusern auf bestimmte Parkhäuser am Rande der Innenstadt zu leiten:

- Karlstraße: Fußgängerzone mindestens zwischen Amalien- und Akademiestraße, nördlich davon Zwei-Richtungsverkehr in verkehrsberuhigte Zone als Zufahrt zum Breuninger Parkhaus, wenn eine Alternativroute für den Nord-Süd-Verkehr möglich ist
- Fußgängerzone in der westlichen Kaiserstraße (Leopoldstraße bis Douglasstraße).
- Douglasstraße: Fußgängerzone zwischen Akademie- und Amalienstraße
- Erbprinzenstraße zwischen Wald- und Ritterstraße: Fahrradstraße
- Erbprinzenstraße zwischen Lammstraße und Ritterstraße: umbauen (Trennung Friedrichsplatz aufheben), nur noch für nicht motorisierten Verkehr öffnen.
- Erbprinzenstraße ab Lammstraße bis Rondellplatz (Nordseite ECE): verkehrsberuhigte Zone
- Herrenstraße zwischen Amalien- und Erbprinzenstraße: Fußgänger- oder verkehrsberuhigte Zone
- Verkehrsberuhigte Zone in der Karl-Friedrich-Straße ab Rondellplatz bis zum Marktplatz / Fußgängerzone in der westlichen Hebelstraße; Zufahrt zum Parkhaus in der Kreuzstraße (nur noch für Anwohner!) möglichst von der Kriegsstraße über die Kreuzstraße.
- Zirkel vollständig umbauen: verkehrsberuhigte Zone, fußgänger- und radfahrerfreundlich, mit Unterbrechung des Zirkels, um Durchgangsverkehr abzuhalten.
- Adlerstraße: Durchstich über Kaiserstraße aufheben, Umbau zu Fußgänger- oder verkehrsberuhigte Zone
- Nördliche Kronenstraße: Fußgängerzone

- Pfarrer-Löw-Straße: Fußgängerzone
- Passagehof gänzlich von MIV freigehalten: Zufahrt von westlicher Akademiestraße schließen, Passagenhof bis zum Parkhaus als Fußgängerzone ausweisen. Parkhauszufahrt und -abfahrt nur noch über östlichen Zugang Passagehof. Verbindungsstraße vom Passagehof zur Waldstraße für MIV schließen; somit kann nördliche Waldstraße Fußgänger- oder verkehrsberuhigte Zone werden.

Spielstraßen (Schrittgeschwindigkeit) in Kernzonen von Wohngebieten; das bedeutet mehr Spielfläche für Kinder; autoarme Wohngebiete durch (kostengünstige) Quartiersgaragen anstreben.

Großzügige Fußgängerüberwege mit Rundum-Grün an geeigneten City-Kreuzungen; Aufstellfurten für Radfahrer vor den Kfz.

Keine Radwege in Tempo-30-Zonen. Entlang Tempo-50-Achsen: Radstreifen auf der Fahrbahn; Aufstellflächen vor dem MIV an Kreuzungen. Entlang schnellerer Straßen: eigene Radwege.

Radwege in Schuss halten, regelmäßige Reinigung (auch sofort nach Meldungen über gefährliche Verschmutzungen), Mindeststandards nach StVO einhalten. Was es zu vermeiden gilt: gemeinsam genutzte Rad- und Fußwege.

Fahrradparkplätze dicht an attraktiven Zielpunkten; funktionale Ausgestaltung mit Fachleuten aus den Verbänden besprechen.

Fahrradstation am Hauptbahnhof unter Einbeziehung eines Reparaturservices.

Bike&Ride-Plätze an möglichst vielen Haltestellen.

Weiterer **Ausbau des ÖPNV** nach den vorliegenden Planungen: Straßenbahn in die Nordstadt und nach Knielingen-Nord; regionale Stadtbahn nach Friedrichstal/Spöck und zur Neuen Messe in Forchheim.

Prüfen: Ist eine Straßenbahn in die Bergdörfer möglich?

Schnellbusring als Tangentialverbindung zur Verknüpfung von Wohngebieten mit Arbeitsstätten und Ausbildungseinrichtungen und zur direkten Verbindung von Ästen der Stadtbahn, ohne Umweg über die City: nördlicher Ast Knielingen (Gewerbeflächen) – Neureut (Gewerbeflächen) – Waldstadt – Hagsfeld (Industriegebiet) – Durlach; südlicher Ast Durlach – Ottostraße – Südtangente – Hauptbahnhof – Albtalbahnhof – Pulverhausstraße – Rheinhafen – Knielingen (Gewerbeflächen).

Fahrgeldrückerstattung durch Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen (bisher wird nur Parkgebühr des MIV erstattet!).

Weitere Fahrausweisautomaten an Haltestellen (z. B. einer für jeden Höhenstadtteil) oder in den Bahnen.

Zugangshindernisse zum ÖPNV abbauen:

- DB-Fahrkarten, die auch im Netz des KVV gelten
- Zahlung des Fahrgelds zunehmend automatisiert (über Chipkarten, Handyrechnung) und mit Bestabrechnung für den Kunden
- Abfrage von Abfahrtszeiten im Internet (bereits möglich), per Handy und SMS oder per PDA
- Echtzeitangabe der Abfahrtszeiten an den Haltestellen erweitern und ausbauen.

Kriegsstraßentunnel – auch wenn die Kombilösung an der Finanzierung scheitern sollte.

B10 ab Wolfartsweierer Straße auf Südtangente verlagern.

Durchgängig Tempo 80 auf Südtangente / Lärmschutz an der Südtangente (Knielingen, Beierteim/Bulach).

Keine Nordtangente! Keine weitere Fernverbindung auf Karlsruher Gemarkung!

Falls die B 10 von Grötzingen her an die Autobahn angebunden wird: sofortige Weiterführung bis zur Haid-&Neu-Straße, um Hagsfeld endlich zu entlasten.

Zweite Rheinbrücke entweder

- a) nur als Behelf direkt neben der bestehenden, wenn die tatsächlich wegen Sanierung geschlossen werden muss oder
- b) wenn unabweisbar und dann raumplanerisch sinnvoll mit einem Standort, welcher bestehende Lücken im Straßennetz schließt, also nördlich von Eggenstein.

Anwohnerparken auf neuer gesetzlicher Grundlage ausbauen (kleinere Teilgebiete).

Regelausweisung: Anwohner parken zu jeder Zeit (für Jahresgebühr) – Kurzzeitparker tagsüber gegen Gebühr, außerhalb der City zum Teil kostenfrei.

Tiefgaragen/Parkhäuser günstiger als oberirdisches Parken. Erhöhung der Kurzzeitparkgebühren auf den alten Stand.

Parkhäuser im Inneren der City sollten – wo immer möglich – als öffentliche Garagen entfallen und nur noch als Parkhäuser für Anwohner und in der Innenstadt Arbeitende genutzt werden (Beispiel Parkhaus Kreuzstraße). In den Parkhäusern am Rand der City besteht genügend Parkraum (ECE, Schlossplatz, Fritz-Erler-Straße). Keine weiteren Parkhäuser in der City!

Mehr P&R-Plätze, vor allem dezentrale, in der Nähe der Wohnungen im Speckgürtel liegende Park&Hike-Plätze (organisiertes Mitfahren) einrichten, insbesondere für Pendler.

Organisation eines Zustell-Services (inkl. Träger- und Kundendienst) unter Führung der Einzelhändler; evtl. als Existenzgründermodell geeignet.

Besondere Stellplätze für Solarfahrzeuge; Kleinparkplätze für Kleinstautos.

Städtische Fahrzeugflotten auf emissionsarme Antriebe umstellen: Biodiesel, Erdgas, Wasserstoff, Solarelektro, 3-Liter-Fahrzeuge. Hier haben die Stadtverwaltung und städtische Gesellschaften als Betreiber großer Fahrzeugflotten eine Vorbildfunktion.

8 Wirtschaft und Arbeit

Die Politik muss Visionen haben und Ziele setzen – auch bei dünnerer Finanzdecke

Die Städte und Gemeinden stecken derzeit in der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Diese kommunale Finanzkrise ist weit mehr als die Folge zurückgehender Steuereinnahmen in einer Konjunkturkrise. Der Anteil der Kommunen an den gesamten Steuereinnahmen ist von 14,0 Prozent im Jahre 1980 auf 11,9 Prozent im Jahr 2002 gesunken und geht 2003 weiter zurück.

Aufgrund der sich verringernden Einnahmen bei Ausgaben auf nahezu gleichbleibendem Niveau ergibt sich derzeit ein jahresbezogener Fehlbetrag von 60 – 80 Mio. im Haushalt der Stadt Karlsruhe.

Alle Kommunen brauchen daher eine substantielle Gemeindefinanzreform, wie sie auch vom Deutschen Städtetag gefordert wird. Sie müssen ihren Aufgaben entsprechend finanziell solide ausgestattet werden, um ihre Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen. Das ist nur über Reformen bei den Einnahmen und bei den Aufgaben und Ausgaben zu erreichen. Die Einnahmen der Kommunen müssen gestärkt und stabilisiert werden. Darum ist die *Karlsruher Liste* für eine Beibehaltung der Gewerbesteuer als kommunale Einnahmequelle.

Für die KAL lautet heute wie in den nächsten Jahren der Grundsatz der Aufgabenkritik:

Was ist wünschenswert? – Was ist notwendig? – Was ist absolut unabdingbar?

Unabdingbar muss sich vor allem an den definierten Pflichtaufgaben der Kommune orientieren. Aber nicht an der Trägerschaft: Wenn freie Träger eine Pflichtaufgabe günstiger umsetzen, wenn die Stadt nur subsidiär tätig werden muss, dann ist eine grundsätzliche Kürzung, ohne Betrachten des Einzelfalles, der falsche Weg (z.B. bei Kindergärten).

Notwendig sind nach Auffassung der KAL vorbeugende Maßnahmen - zum Erhalt der Werte und Investitionen wie auch bei der Minimierung von laufenden Kosten für Stadt und Gesellschaft. So gilt es zum einen zu verhindern, dass in naher Zukunft erheblich höhere Summen zur Beseitigung von Folgeschäden auftreten (z.B. bei der Sanierung von Infrastruktur und Gebäuden); diesen Grundsatz hat die Stadt beispielsweise bei den Bädern sträflich vernachlässigt. Zum anderen lohnt sich etwa eine Sprachförderung von Menschen mit Migrationshintergrund, von den Kindern bis zu den Familien: Die Integration verläuft bei Beherrschung der deutschen Sprache viel leichter, spätere Aufwendungen für spezielle Schulklassen oder Sozialhilfe werden gespart.

Wünschenswert sind Projekte, die hinter den unabdingbaren und notwendigen bei der derzeitigen angespannten Haushaltslage zurückstehen müssen. Beispiel: noch ein Fest mehr. Oder die laufende Bezuschussung des Baden-Airports, eines Flughafens im wesentlichen für Charterflieger. Jeder Urlauber wird dort von der Stadt Karlsruhe subventioniert - das muss sich ändern.

Die Stadt als Arbeitsplatz

Arbeitsplätze sind insbesondere dort zu fördern, wo innovative Konzepte umgesetzt werden, wie beispielsweise Teilzeit- oder Lebensarbeitszeitmodelle bzw. Job-Sharing zur Kompensation von Arbeitsplatzverlusten (siehe auch Kapitel 2 Solidarische Gesellschaft). Hier haben insbesondere die Stadt Karlsruhe und ihre Tochtergesellschaften eine Vorbildfunktion, der Sie gerecht werden müssen.

Die *Karlsruher Liste* steht, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitswesen, weiteren Privatisierungen skeptisch gegenüber, zumal damit auch eine Verringerung der demokratischen Kontrollfunktion (weg vom Gemeinderat – hin zum Aufsichtsrat) erfolgt. Privatisierung ist vornehmlich auf Gewinnorientierung angelegt, Rationalisierung. Personal- und Leistungsabbau sind die Folge. Unproduktive Bereiche und Aufgaben, die jedoch wichtig sind, werden nahezu zwangsläufig vernachlässigt. Außerdem werden die „Rationalisierungsoffer“ den kommunalen Haushalt an anderer Stelle weiter belasten. Nur durch eine Rechtsformänderung werden kostentreibende Strukturen nicht beseitigt. Ein Konzept für neue

Organisationsformen in der Verwaltung, welches die Dezentralisierung bislang hierarchischer Strukturen zum Ziel hat, ist eine sinnvollere Alternative als eine Privatisierung um jeden Preis.

Visionen – nur bei positiver Stimmung wird investiert

Ein lebhaftes Wirtschaftsleben und das daraus erwachsende Steueraufkommen ist die Grundlage, auf der Kommunalpolitik möglich wird. Was kann die Stadt hier leisten?

Wichtige Punkte sind:

- Karlsruhe muss attraktiv für Investoren und ihre Mitarbeiter sein
- Karlsruhes Funktion als regionales Oberzentrum muss gestärkt werden
- Die Technologie-Region Karlsruhe muss gestärkt werden, denn eine positive Entwicklung kommt auch dem Oberzentrum zu gute
- Antizyklische Haushaltspolitik
- Eine effektive Verwaltung
- Es ist eine nach Branchen und Betriebsgröße ausgeglichene Struktur der Wirtschaft anzustreben (krisensicher!).

Um eine Stärkung der Funktion als regionales Oberzentrum zu erreichen, sind ein guter öffentlicher Personen-Nahverkehr, ein ansprechendes Kulturangebot, eine gepflegte Gastronomie und ein reichhaltiges Angebot im Einzelhandel von Bedeutung.

Leider hat es die Mehrheit im Gemeinderat versäumt, dem Vorschlag zu folgen, durch eine Modernisierung des Rathauses die Möglichkeiten der Verwaltung zu verbessern.

Die Steigerung der Attraktivität von Karlsruhe ist die Aufgabe des Stadtmarketings. Hier muss aber die Politik unterstützen, zum Beispiel durch nachhaltige Projekte wie die (leider verhinderte) Bundesgartenschau oder Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas. Auch das Amt für Wirtschaftsförderung ist daran beteiligt, die Attraktivität Karlsruhes zu erhöhen, wie mit der Bereitstellung von geeignetem Grund und Boden. Bei der Ausweisung neuer Flächen müssen die natürlichen „Grenzen des Wachstums“ (siehe auch Kapitel 5 Natur und Umwelt sowie Kapitel 6 Stadtplanung) berücksichtigt werden.

Technologieregion

Die Technologieregion Karlsruhe will sich nach eigener Aussage (Homepage) „...dem zunehmenden Standortwettbewerb im Europa der Regionen durch Regionalmarketingaktivitäten und neue Formen der regionalpolitischen Zusammenarbeit...“ stellen. „Die regionale Zusammenarbeit beruht auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und Interdisziplinarität. In der Technologieregion sollen die Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik / Verwaltung an einem Strang ziehen. Alle für die Region bedeutsamen Fragen der Regionalpolitik und des Regionalmarketings sollen partnerschaftlich angegangen werden. Ziel ist es, die Vielfalt des Wirtschaftsraums sowie der einzelnen Städte und Landkreise unter einem gemeinsamen Dach darzustellen und zu fördern“.

Für die Karlsruher Liste sind die derzeitigen Strukturen der Technologieregion allerdings zu wenig demokratisch legitimiert und die verschiedenen im gleichen Raum arbeitenden Institutionen (Technologieregion, Regionalverband, Nachbarschaftsverband Karlsruhe etc.) zu wenig vernetzt sowie deren Aufgaben nicht klar genug gegeneinander abgegrenzt.

Das Umland von Karlsruhe ist ebenfalls Teil unserer Technologieregion. Viele Umlandgemeinden sind im Vergleich zum Oberzentrum nahezu schuldenfrei, während das Oberzentrum Karlsruhe viele Funktionen auch für die Bürger der Umlandgemeinden zur Verfügung stellt. Der regionale Finanztransfer und die Aufgabenverteilung müssen daher in der Region neu überdacht werden.

Die KAL hält es für erstrebenswert, eine geschlossene und wirkungsvolle Organisation als Vertretung der derzeitigen Technologieregion oder unter deren Dach nach innen und nach außen zu schaffen. Es stellt sich dabei aber die wichtige Frage: Welche Rechts- und Organisationsform soll diese Vertretung erhalten und wie kann sie demokratisch eingebunden werden?

Gegen eine beratende Mitgliedschaft des Regionalverbandes in der „Technologieregion“ mit dem Bestreben, den Zielen und Grundsätzen des Regionalplanes Gehör zu verschaffen, hat die KAL keine Bedenken. Dagegen sieht sie Probleme bei der Eingliederung des Regionalverbandes oder einer Übernahme der Aufgaben des Regionalverbandes durch die derzeitige „Technologieregion“. Der gesetzliche Auftrag zur Erstellung des Regionalplanes und die Überwachung, dass dieser in anderen Planungen Berücksichtigung findet, muss „unabhängig und unbeeinflusst“ gewährleistet bleiben. Dies kann nur dann geschehen, wenn die „Technologieregion“ demokratisch institutionalisiert wird und innerhalb dieser Organisation die Regionalplanung personell und organisatorisch eine eigene „unabhängige“ Einheit bildet.

Vision der KAL – Karlsruhe als lebendige, lebenswerte Stadt

Im Vorwort wurde auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Städte hingewiesen, die als Konzentrationspunkte menschlicher Aktivität auch maßgeblich an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung einer Gesellschaft beteiligt sind. Umgekehrt kann die Entwicklung einer Stadt nur durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Bürgerinitiativen oder sonstigen Gruppen, aber vor allem auch in der Kommunalpolitik als wichtigem Entscheidungsraum, vorangebracht werden.

Die Karlsruher Liste will dabei einerseits Forum und Ansprechpartner sein und andererseits über die Verbesserung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung (siehe Kapitel 1) Menschen motivieren, sich für **IHRE** Stadt Karlsruhe zu engagieren.

Darum lautet die Vision der Karlsruher Liste: Alles tun um

„LUST AUF STADT“

in Karlsruhe mit **IHRER** Hilfe Wirklichkeit werden zu lassen.

PROGRAMMARBEITSKREIS DER KAL

Ansprechpartner zu den Themenkomplexen:

| | | |
|---------------------------|-----------------------------|--|
| Bürgerbeteiligung, Abfall | Dr. Jürgen Scherle | juergen.schorle@karlsruher-liste.de |
| Solidarische Gesellschaft | Margot Döring | margot.doering@karlsruher-liste.de |
| Kultur | Dr. Eberhard Fischer | eberhard.fischer@karlsruher-liste.de |
| Sport und Freizeit | Michael Haug | michael.haug@karlsruher-liste.de |
| Natur und Umwelt | Karl-Heinz Spengler | karlheinz.spengler@karlsruher-liste.de |
| Stadtplanung | Petra Schröder | petra.schroeder@karlsruher-liste.de |
| Verkehr, Energie | Dr. Eberhard Fischer | eberhard.fischer@karlsruher-liste.de |
| Arbeit und Wirtschaft | Dr. Ernst-August Ohlenbusch | ErAuOhlenbusch@aol.com |

P.S. Die Karlsruher Liste bekommt im Gegensatz zu Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen keine Wahlkampfkostenerstattung. Wir finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und freuen uns über jede Unterstützung, auch finanzieller Art (Kto.-Nr. 02297 36-752, BLZ 660 100 75 Postbank Karlsruhe).